Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspfg. Einzelverkaufspr.: 10 Reichspfg.
Redaktion: Johannisstraße 46
Fernruf { 905 nur Redaktion
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Reichspfennige, auswärtige 25 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Reichspfennige. Reklamen 80 Reichspfg.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 131 — Dienstag, 9. Juni 1925 — 32. Jahrgang

Briand und Chamberlain.

In den Armen liegen sich beide.

Das Ergebnis der Konferenz von Genf.

S. Lübeck, 9. Juni.

Wer jemals Schilderungen gelesen hat, die das Erlebnis des Krieges von einem anderen Volk aus gesehen wiedergeben, etwa das herrliche „Feuer“ des Franzosen Barbusse, der weiß, wie gleich die Ziele, die Hoffnungen, die Leiden der einander zerfleischenden Völker waren. Wie der deutsche Landwehrmann in Dreck und Kot an den lustigen Residenzen der Etappengewaltigen mit Erbitterung im Herzen vorbeiging, so war in der Seele des französischen Poilu mehr Wut und Haß auf den Kriegsgewinner im eigenen Land als auf den deutschen Soldaten, den er als ehrlichen Gegner schätzte. Und überall, in allen Ländern, wuchs von Monat zu Monat die Erbitterung gegen die, die all das Unheil angezettelt hatten, die man für die Hauptschuldigen hielt, die Staatsmänner und Diplomaten.

Alle Kunst aller Regierungen wurde aufgewandt, um nur die Staatsmänner der anderen als die Schuldigen hinzustellen; aber ganz gelang das nirgends. In allen Ländern, bei den Mittelmächten ebenso wie bei den Alliierten ertönte lauter und lauter der Ruf: Räumt auf mit den Methoden der Außenpolitik, die uns in dieses Elend gestürzt haben! Keine Geheimverträge, keine Abmachungen hinter verschlossenen Türen mehr! Offenheit und Klarheit in allen Beziehungen der Völker. Dann wird dieser Krieg der letzte gewesen sein!

So laut war der Ruf, daß die Staatsmänner der Entente, — durch demokratische Erziehung feinfühliger als die Regierung des kaiserlichen Deutschland — ihn selbst aufnahmen, ihn als eines ihrer Ziele proklamierten.

Es ist nichts daraus geworden. Es konnte nichts daraus werden; denn die Völker waren töricht genug, die Erfüllung des Versprechens von denen zu erwarten, die selbst die Hauptschuldigen waren. Nur dort, wo starke neue Kräfte im Volke selbst hervorbrachen, da erhielt auch die Außenpolitik ein anderes Gesicht. Aber das war zunächst nur in den besiegten Ländern Deutschland und Oesterreich der Fall; und denen waren auf Jahre hinaus die Hände gebunden. Sie waren zum Objekt der Weltpolitik geworden, ihre Außenminister hatten keine Macht hinter sich; sie mußten sich den anderen fügen; aussichtslos die Hoffnung, von hier aus den Gang der Weltpolitik entscheidend zu beeinflussen. Und als es einem von ihnen, Rathenau durch die Macht seiner Persönlichkeit doch gelang, da fiel er durch den törichsten und verbrecherischsten Anschlag eigener Volksgenossen.

Besser wurde es erst, als im Siegerland England ein Arbeiter die Zügel der Weltpolitik ergriff. Was Macdonald für die Befriedung Europas getan hat, das ist so ungeheuer groß und wertvoll, daß es immer und immer wieder betont werden muß, gerade jetzt, wo ihm bei seinen eigenen Anhängern Gegnerschaft erwächst. Auch er konnte sein Werk nur vollbringen, weil die herrschende Klasse der eigenen Nation, die englische Bourgeoisie, die von jeher klüger und einsichtsvoller war als die des Kontinents, einsah, daß dieses Werk auch für sie von Nutzen war, daß das ewige Schüren des Hasses zwischen den Völkern zu einer Katastrophe führen müsse, die schließlich alle, Bürgertum und Arbeiterschaft, unter den Trümmern des zusammenbrechenden Gefüges Europas begraben müsse. Und als er notdürftig genug Ordnung geschafft hatte auf dem europäischen Kontinent, und nun im eigenen Land der Gerechtigkeit den Weg bahnen wollte, da mußte er gehen; denn das hätte den materiellen Interessen dieser selben Bourgeoisie gefährlich werden können.

Jetzt leiten in allen für die Weltpolitik entscheidenden Ländern wieder die alten Mächte die Fäden der Außenpolitik. Und, traurig genug, das einzige große Reich, in dem neue Kräfte am Werke sind, Rußland, wird von Männern regiert, deren außenpolitischer Kurs nicht um einen Deut friedlicher oder offener ist als die eines Chamberlain und Briand.

Chamberlain und Briand, die beiden, die zur Zeit die Fäden der europäischen Politik in der Hand halten — äußerlich kaum merkbar, aber für sie selbst spürbar genug, überwacht von den Finanzgewaltigen der neuen Welt — sie sind zwei typische Vertreter des alten Systems, zwei Diplomaten von der alten Sorte, denen im Kriege der Fluch der Völker galt, wenn auch persönlich nicht belastet durch die Sünden der Vorkriegszeit.

So verschieden von außen, Chamberlain, der schneidige Aristokrat englischer Prägung, Briand, der geriebene Advokat mit dem Aussehen des französischen Kleinbürgers, sie sind einander wert und gewachsen als schlaue Diplomaten und skrupellose Vertreter dessen, was sie für die Interessen ihrer Nation halten.

Gestern waren sie in Genf zusammen, und nach einem guten Frühstück und nachfolgender ausgiebiger Aussprache verkündeten sie am Abend den aufhorchenden Journalisten der ganzen Welt, daß sie völlig einig seien, daß **keinerlei Differenzen mehr über die Frage des Garantiepakts bestünden, und daß die Antwortnote an Deutschland über das Sicherheitsproblem** in 2 bis 3 Tagen abgehen werde. Sie sollen dabei strahlendster Laune gewesen sein und ein Abglanz der Heiterkeit auf den Gesichtern der Gewaltigen ergießt sich auf die Presse der ganzen Welt.

Können wir uns mitfreuen? — Das ist die Frage. Wir haben es gelernt, vorsichtig zu sein, vorsichtig vor allem gegenüber den spaltenlangen Kommuniquees von halbamtlicher oder vierteiamtlicher Stelle und noch vorsichtiger gegenüber den seitenlangen Kommentaren der bürgerlichen Presse.

Eines scheint sicher: Das Streben Frankreichs, die deutsche Ostgrenze mit in den von Deutschland angebotenen Sicherheitspakt einzubeziehen, ist von Chamberlain endgültig zurückgewiesen worden, und Briand scheint sich damit abzufinden. Aber von seiner Seite droht eine neue, und für Deutschland noch schlimmere Gefahr: **Die Forderung des militärischen Durchzugsrechtes durch Deutschland** für den Fall, daß seine östlichen Verbündeten, Polen und die Tschechoslowakei seine militärische Hilfe in Anspruch nehmen.

Es ist klar, daß Deutschland einer solchen Forderung niemals wird zustimmen können. So scharf wir die romantische Außenpolitik, gewisser Geister ganz rechts und ganz links, deren gemeinsames Ziel ein Militärbündnis mit Rußland ist, ablehnen, noch unheilvoller als diese sogenannte **„Ostpolitik“** wäre eine „Westpolitik“, die deutsches Land zu einem Aufmarschgebiet gegen Sowjetrußland machen könnte. Sollte es wirklich noch einmal zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Rußland und den Westmächten kommen, so kann es für das entwaffnete Deutschland nur eine Haltung geben, die der schärfsten Neutralität; und je konsequenter diese Haltung schon heute betont wird, um so geringer wird die Gefahr eines solchen Weltunglücks sein.

Möglich, daß wir diesen Eventualitäten zu große Bedeutung beimessen. Denn was wirklich in Genf verhandelt wurde, weiß noch niemand; und die strahlenden Gesichter gerissener Diplomaten sind eine allzu glatte Plattform für politische Kombinationen.

Nur eines kann man heute schon mit Sicherheit sagen: Der alten Methode, mit der kluge Leute in Deutschland seit Jahren Politik machen wollen — sie sagen es nicht offen, aber sie deuten es grob genug an — den Gegensatz zwischen England und Frankreich zu schüren, und dabei für Deutschland etwas herauszuholen, der sollte man endgültig Lebewohl sagen. Denn was dabei für uns herausgekommen ist, war bisher noch immer das Schlimmste.

Die neue Türkei.

Von Hermann Wendel.

Kurdenaufstand und Kabinettswechsel haben unlängst die Aufmerksamkeit wieder einmal auf die neue Türkei gelenkt, die gemeiniglich noch weniger bekannt ist als das alte Osmanenreich unseligen Angedenkens. Haben die Franzosen schon eine ziemlich reichhaltige Literatur über Angora, so sind bei uns die unterrichtenden Schriften über Kemal Paschas Reich bis jetzt dünn gesät und zwei vor kurzem erschienene Werke kämen wirklich zurecht, eine empfindliche Lücke auszufüllen. Leider enthält das eine, „Die türkische Republik in Wirtschaft und Aufbau“ (Schriften des Meßamts Frankfurt a. M.), herausgegeben von Philipp Kühl, Sekretär der Türkisch-Deutschen Handelskammer und gutem Orientkenner, nur eine Reihe an sich nicht wertloser Abhandlungen türkischer Verfasser über Zolltarif, Münzsystem, Finanzwirtschaft, Baumwollkultur, Tabakbau und andere Wirtschaftszweige Anatoliens, ohne daß sich die einzelnen Beiträge zu einem eindrucksvollen Gesamtbild rundeten. Und wenn im zweiten Buch „Angora-Konstantinopel, Ringende Gewalten“ (Frankfurter Societätsdruckerei G. m. b. H., Frankfurt a. M.) Dr. Ing. Klinghardt vom „demokratischen Geist“ im Beamtentum der alten Türkei fabelt und die grauenhaft planmäßigen Armenierschlächtereien zu beschönigen unternimmt, weckt seine Voreingenommenheit auch starke Bedenken gegen das, was er an der Hand eigener Erfahrungen über die neue Türkei zu sagen hat. Gut arbeitet er als Wesenszug der türkischen Erneuerung die Eifersucht und Zähigkeit heraus, mit der in Angora fremdem Einfluß die Tür gesperrt wurde; fort mit den Kapitulationen und Konzessionen! war der Schlachtruf schlechthin, und durch den Frieden von Lausanne im August 1923 atmete die Türkei zum erstenmal seit Jahr und Tag die Luft der Selbständigkeit. Auch die Abkehr von Konstantinopel, das immer unter den Kanonen und dem Druck der europäischen Großmächte lag und liegt, die Beseitigung des Sultanats und die Abschaffung des Kalifats, die beide ausländischen Kräften eine Einwirkung auf das innere Leben des türkischen Volkes gestatteten, und die nicht sanfte Massenausreibung der Armenier und Griechen entsprangen dieser oft überspannten nationalen Selbstbesinnung. Aber wenn Klinghardt als Kemals Ziel „die Anpassung des Türkenlandes mit all seinen überholten Verwaltungs- und Lebensformen an die Erfordernisse der neuen Zeit“ nennt, gedeiht seine Darlegung der Bildungs- und Wirtschaftsreformen nicht zur letzten Klarheit, weil ihm der Blick für die soziale Anatomie eines Volkes fehlt und er im Grunde nur die Handvoll Reformer sieht.

Dabei konnte einer seiner Bemerkungen über das Parlament von Angora: „Mehr als eigentliche Parteigruppierungen scheinen Gruppierungen um Führernaturen herum sich auszusprechen“ Anknüpfungspunkt für fruchtbare Betrachtungen sein. Der Mangel an fest umrissenen politischen Parteien ist nämlich dem parlamentarischen Leben aller ökonomisch und sozial entwickelten ganz oder halb asiatischen Völker gemeinsam; auch in Albanien gruppieren sich „Parteien“ um „Führernaturen“. In der Tat sieht die neue Partei auf der Stufenfolge der gesellschaftlichen Entfaltung vorläufig noch tiefer als das alte Osmanenreich, denn sie hat sich auf seinen vom europäischen Fortschritt am wenigsten berührten Teil, Anatolien, wie auf eine unzugängliche Bergfestung zurückgezogen. Ein Land, das, ob fünf, ob nach amtlich orientalistischer Schätzung 9½ Millionen Einwohner zählend, dünn bevölkert ist, das fruchtbare Striche aufweist, aber die Landwirtschaft wie in der Urväter Tagen betreibt und weite Strecken Trachlandes kennt, das des Großgewerbes ermangelt, der Verkehrswege entbehrt und auch in seinen Städten einen dörflichen Eindruck hinterläßt, das ist die anatolische Welt, in die sich Kemal Pascha hineingestellt sieht, nicht als schöpferischer Geist und Beginner von eigenen Gnaden, sondern als Enkel und Erbe jener Reformsultane, die seit Ende des 18. Jahrhunderts ihr Reich dem Abendland anzunähern suchten, und als unmittelbarer Fortsetzer der jungtürkischen Bestrebungen. Auch an ihn erging so wenig wie an seine Vorgänger aus den Volksmassen ein Ruf zu seinem Werk; Anatolien lag unbewegt und starr, als er, klassischer Vertreter des aufgeklärten Despotismus, seine Reformen begann, die zum Teil wie die Entthronung der Geistlichkeit und die Entschleierung der Frau in der islamischen Welt revolutionär wirkten. Keine freudige Zustimmung schallte zu seiner einsamen Höhe empor, denn es fehlt der Türkei durchaus jene Gesellschaftsklasse, die Stütze seines Tuns werden könnte. Ein Bürgertum im Sinne einer modernen Bourgeoisie gibt es nicht, da das, was an schüchternen industriellen Ansätzen bestand, vorwiegend in den Händen der ausgetriebenen Armenier und Griechen lag. Die Bauernschaft dämmert noch im Stumpfsinn vergangener Jahrhunderte dahin; nach seiner Meinung über die Abschaffung des Kalifats befragt, zuckt der Landmann mit tödlicher Gleichgültigkeit die Achseln: „Wir wünschen nur, daß der Rauch von unserem Herdfeuer unbehindert emporsteige“. Arbeiter endlich finden sich fast nur in der Form jener Teppichknüpfer von Urussa, die, 60 000 an der Zahl, für unsäglich mühevolle Heimarbeit mit einem Bettelpfennig von durchschnittlich 100 Mark im Jahr abgespeist werden, und allenthalben noch sind die Arbeiter mit den Meistern des gleichen Gewerbes in den Rahmen der altüberlieferten Fachverbände gepreßt.

Wie denn die jungtürkische Revolution von 1908, ohne Antrieb aus, ohne Rückhalt in den Massen, eine reine Offiziersrevolte war, so stehen fast durchweg hohe Militärs an der Spitze der Reformbewegung von heute. Der Präsident der Re-

Belgien hat eine Regierung.

Gen. Vandervelde Außenminister.

Brüssel, 9. Juni. (Radio.)

Das belgische Kabinett ist gebildet. Die Ministerliste weist folgende Namen auf:

Vorsitzender und Wirtschaft: Poullet, Katholik
Aeußeres: Vandervelde, Soz.
Inneres: Laboulle, Soz.
Finanzen: Janssen, Katholik
Kultus: Huymans, Soz.
Justiz: Tschoffen, Katholik
Landwirtschaft: de Liedekerke, Katholik.
Industrie: Wauters, Soz.
Eisenbahn: Anseele, Soz.

Der Stinnestrach.

Schacht beruhigt im Ausland.

Wien, 9. Juni. (Radio.)

Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der sich zurzeit hier wegen wichtiger Besprechungen aufhält, empfing gestern die Vertreter der Wiener Presse, denen er Aufklärung über die Stinnesangelegenheit gab, deren Tragweite nach seiner Auffassung nicht richtig aufgefaßt werde.

Die Schwierigkeiten gingen daraus hervor, daß die Finanzierung mit allzu kurzfristigen Krediten vorgenommen wurde.

Stinnes werde trotzdem seine Verpflichtungen bei Fälligkeit prompt einlösen. Es sei also nach keiner Seite hin Grund zur Beunruhigung vorhanden.

Die einzige Befürchtung bestehe darin, daß die politische Unverständigkeit derer andauert, die heute die Macht in Europa haben.

Das Material zur Entwaffnungsnote veröffentlicht.

Paris, den 9. Juni (Radio).

Der Bericht der alliierten Militärkommission aus Berlin, der die Materialunterlage für die von der Botschafterkonferenz in der Entwaffnungsnote gegen Deutschland erhobene militärische Anklage enthält, wird heute in den alliierten Hauptstädten veröffentlicht. Der Bericht enthält nichts, was nicht schon in der Note der Botschafterkonferenz bekanntgegeben war.

Die Note der Botschafterkonferenz behauptet, daß die alliierten Kabinette in ihren Forderungen nur den wesentlichsten Feststellungen Rechnung getragen hätten.

publik Kemal Pascha — General, alle Ministerpräsidenten bisher Reuf Beg, Fethi Beg, Ismet Pascha — Generalstäbler, alle Minister des Innern Refet Pascha, Ferid Beg, Jedjeb Beg — Offiziere, der Parlamentspräsident Kiamil Pascha — alter Militär, viele Abgeordnete aktive Mitglieder des Offizierskorps! Was diese Schicht an allen lieben Reformen ausgeheckt und angepackt hat, vermag an die Volksmassen nicht zu rühren. Die drückende und schneidige Zehntsteuer, 12½ vom Hundert des Ernteertrages, die, durch Pächter eingetrieben, unerträglich schwer auf dem Nacken des Bauern lastete, wurde zwar im September 1924 — auf dem Papier! — abgeschafft, aber die brennend wichtige **Agrarfrage** noch ist eine sehr nebensächliche Sorge der Herren am Ruder. Nach einer **sozialen Gesetzgebung** für die Arbeiter, dem Achtstundentag etwa, fragt man in der Republik Kemals vergeblich, die doch eine Industrie großzüchten will, und das Koalitionsrecht verweigert sie ihnen auch.

Alle politische Entwicklung im Lande ist denn nur eine Auseinandersetzung innerhalb der dünnen militärischen Führerschicht. Aus Kemals keineswegs einheitlicher „Republikanischer Volkspartei" schlugen sich nicht aus politischen, sondern aus persönlichen Gründen einige Paschas und Begs wie Kiazim Karabekir, Ali Fuad, Reuf und Refet bei Seite und schufen die „Republikanische Fortschrittspartei", die jener wie ein Ei dem andern gleicht, nur daß sie eben gegen den Präsidenten und seine Leute Opposition macht. Diese bisher treuesten Anhänger Kemals und der Reformen brachten es fertig, sich mit all den reaktionären, asiatisch versteinerten, alten Krachern unter eine Decke zu stecken, denen, der gesamten Pfaffenschaft voranweg, die Abschaffung des Kalifats als Frevel am Heiligsten erscheint, und ihre Macht in der Kammer wuchs so bedrohlich, daß Ismet Pascha, um nicht überflügelt zu werden, der Ministerpräsidentschaft entsagte. Aber der ihn ersetzende Fethi Beg, ein Mann der milderen kemalistischen Tonart, war kaum auf seinem Platze warm geworden, als, ein neues Menetekel für die neue Türkei, der **Kurdenaufstand** losbrach. Die Kurden in Asien sind dasselbe wie die Albaner in Europa. Auch sie leben, in die Stammesverfassung eingekapselt, in Bedingungen der Vorzeit, schleppen den rücksichtslosesten Feudalismus mit, hüten eifersüchtig ihre waldursprüngliche Freiheit gegen jeden Eingriff des Staates, und auch bei ihnen gab es, obwohl sie ebenfalls der gemeinsamen Umgangs- und Schriftsprache ermangeln, seit Beginn des Jahrhunderts in der ausländischen Emigration eine schwache und künstliche Nationalbewegung mit dem erst in Aegypten, dann in Genf erscheinenden Blatt „Kurdistan". Ihre Erhebung aber ist statt einer nationalen Angelegenheit im Grunde eine Reaktion der Stämme und Häuptlinge gegen den Versuch Angoras, seine Oberherrschaft nicht nur auf dem Papier über diese Halbwilden zu erstrecken, es ist ein **Aufstand des Mittelalters** gegen die neuere Zeit.

Aber auch die feudal-klerikale Opposition gegen Kemal hatte ihre Hand im Spiel, denn der Führer der Kurden, Scheich Said, entrollte das geistliche Gesetz des Islam, das Scheriat, als sein Panier. Trotz aller mühsam errungenen Selbständigkeit der neuen Türkei fehlte auch die Einwirkung des imperialistischen Europa nicht. Als Ismet Pascha von Fethi Beg ersetzt wurde, ging die Rede, daß damit ein Englandfreund einem Franzosenfreund weiche, denn bei dem Wettlauf um große Wirtschaftskonzessionen in Angora ist neuerdings Frankreich Trumpf. Dafür gilt England, das schon auf den Friedenskonferenzen ein autonomes Kurdistan durchzusetzen versucht hatte, kaum zu Unrecht als Drahtzieher des Kurdenaufstandes, nicht aus Sorge um die Freiheit der Kurden, die den Herrschern des britischen Imperiums gleichgültiger als der Rauch ihrer Pfeife ist, sondern um der **Petroleumfelder von Mossul** willen, nach denen sich die englischen Kapitalisten die Finger lecken.

Wie bekannt, ist Angora mit großer militärischer Machtentfaltung der Kurden Herr geworden. Auch in Kemals Partei hat aus diesem Anlaß die schärfere Richtung obgesiegt, Fethi Beg an der Spitze des Kabinetts wieder durch Ismet Pascha ersetzt und durch die Kammer mit dem „Gesetz zur Sicherung der Ordnung", das zweifellos nicht nur gegen die Kurden Anwendung findet, unbeschränkte diktatorische Befugnisse in die Hand des Präsidenten der Republik gelegt. Aber wankt, ohne Verwurzelung in den breiten Volksmassen, der Baum der neuen Türkei nicht dennoch? Wenn die Frage, ob das Mossulgebiet zur Türkei oder zu dem britisch beherrschten Irakstaat kommt, demnächst den Völkerbund beschäftigt, wird sich bei der Rückwirkung der in Genf zu fällenden Entscheidung auch erweisen, inwieweit Kemals gewagtes Experiment, durch aufgezwungene Reformen von oben ein Volk umzukrempeln, geglückt ist.

Der Kampf um die Schule.

Sozialistische Lehrer in Hamburg.

Von einem hiesigen Genossen, der an der Tagung des deutschen Lehrervereins in Hamburg teilnahm, wird uns geschrieben:

Ueber 9000 Lehrer waren in Hamburg zusammengeströmt. In zwei Riesenversammlungen wurden schöne Worte gewechselt und gedankenreiche Vorträge gehalten. Stundenlange Aussprachen fanden statt. Und dann war Schluß. — Die eigentliche Arbeit lag abseits. Die reichen Ausstellungen boten vielen Gelegenheit, Einblick in die Hamburger Schularbeit zu tun und gaben wertvolle Anregungen für die eigene Arbeit. Aber das Wichtigste waren doch die Nebenversammlungen, in denen kleinere Kreise mit führenden Kollegen zusammen sein konnten, wo Gleichgesinnte sich fanden, Erfahrungen und Meinungen ausgetauscht, umstritten und geklärt werden konnten.

Wir sozialistischen Lehrer haben die Tage reich ausgenutzt. Nach den allgemeinen oder Nebenversammlungen, die der Beratung einzelner Fragen dienten, kamen wir abends im Gewerkschaftshause zusammen, um über wichtige schulpolitische Fragen zu beraten.

Schon am Abend des zweiten Pfingsttages begannen die Verhandlungen des Kampfbundes sozialistisch-dissidentischer Lehrer, der seine Hauptaufgabe in der Befreiung der Schule von der Kirche sieht. Aus fast allen deutschen Gauen waren Vertreter zugegen und konnten bezeugen, wie bitter not der Abwehrkampf gegen die „geistlichen" Mächte ist. Die deutsche Lehrerschaft hat viel versäumt. Nicht zu Unrecht wurde ihr Feigheit vorgeworfen, weil sie sich nicht von den Fesseln der Kirche befreit hat. Kirche und Religion haben nichts miteinander zu tun. Oft ist da, wo die Kirche, wo der Pfaffe herrscht, von Religion keine Spur mehr. Die sozialistisch-dissidentischen Lehrer fordern den Austritt aus der Kirche, die Beseitigung des Konkordats, weil es der Kirche wieder Rechte in der Schule einräumt. Nach ihrer Meinung gehört die Schule allein dem Staate!

Am 3. und 4. Juni tagte die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer. Von größter Bedeutung war ein Referat des Gen. Senator Krause, Hamburg, dem seit Jahren das Hamburger Volksschulwesen unterstellt ist. Er führte u. a. folgendes aus. Hamburg hat seinen Lehrern, mit Ausnahme der Berufsschulen, die Selbstverwaltung gegeben und denkt nicht daran sie aufzugeben. Im Gegenteil sei ein weiterer Ausbau nötig. Natürlich seien zuerst Fehler gemacht worden wie bei jeder Umstellung. Aber die Selbstverwaltung hat sich durchaus bewährt. Davon ist auch der weitaus größte Teil der Hamburger Lehrerschaft überzeugt. Von der Schulgeldfreiheit in den höheren Schulen mußte leider infolge der finanziellen Lage wieder Abstand genommen werden, doch werden bis zu 79 Proz. vom Schulgeld befreit bzw. wird ihnen ein Teil erlassen. Darüber hinaus werden Unterstützungsbeihilfen geleistet. Die Beschaffung der Lehrbücher hat der Staat übernommen. In den Volksschulen werden alle Lernmittel frei geliefert. Anerkennende Worte fand Gen. Krause für die Gemeinschaftsschule und ging dann auf die Lehrerausbildung ein, die in Hamburg nach Absolvierung einer höheren Schule an der Universität stattfindet. Eine neue Einrichtung sind besondere Kurse zur Weiterbildung hochbegabter Arbeiter, die neben ihrer Arbeit zum Abitur vorbereitet werden und dann studieren. —

Die Frage der höheren Bildung wurde in der Aussprache bekämpft, ebenso die Universitätsbildung der Lehrer. Man fürchtete die Entfremdung der durch die Universität Gegangenen, auch die Abwendung von der Partei. Sehr richtig wurde demgegenüber betont, daß es auch ohne Universitätsbildung verbohrte Arbeiter und Lehrer gebe, die den Rechtsparteien nachliefen. Wenn sich die aus unseren Reihen Aufgestiegenen abwenden würden, so sollte man sich freuen, diese lauen Sozialisten losgeworden zu sein. Sie würden uns auch so wenig genützt haben. Die SPD. wünscht die bestmögliche Ausbildung für alle Volksgenossen, und selbstverständlich die Universitätsbildung der Lehrer, denn nur so wäre eine Höherentwicklung möglich. —

So hat die Tagung des Deutschen Lehrervereins auch dazu beigetragen, daß sich die sozialistischen Lehrer wieder einmal in großer Zahl trafen. Manches Freundschaftsband wurde geknüpft. Alle aber nahmen aus Hamburg die Empfindung mit, daß das Hamburger Schulwesen sich nur durch die stets kampfbereite fortschrittliche Lehrerschaft zu so beachtenswerter Höhe entwickeln konnte, und es erfüllte uns mit Stolz, daß gerade eine Reihe von Parteigenossen an erster Stelle stehen. Ihr Kampf für den Fortschritt hat gute Früchte getragen und gibt uns Kraft, weiter zu kämpfen für Bildung und Gewissensfreiheit unseres Volkes.

Sch.

Gewerkschaftliche Lehrerarbeit.

Von anderer Seite erhalten wir noch folgenden Bericht:

Gleichzeitig mit der Versammlung des Deutschen Lehrervereins in Hamburg tagte die freigewerkschaftlich gerichtete **Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer und Volkslehrerinnen** in Minden. **Der Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund**, der Schulter an Schulter mit den freien Gewerkschaften der Angestellten und Arbeitnehmer kämpft, stand nach seinen programmatischen Folgerungen im Mittelpunkt der Verhandlungen. Während in Hamburg das deutsche Kulturgut im Sinne der liberalen Vorgänger und Führer des Deutschen Lehrervereins das Hauptthema bildete, war die Programmaussprache der Volkslehrergewerkschaft von dem Gedanken beherrscht, daß heute die Wirtschaft auch für den Lehrerberuf maßgebend im Vordergrund stehen muß. Der grundsätzlichen Wirtschaftseinstellung und den **Wirtschaftsforderungen des ADB. wurde restlos zugestimmt**, ihre Anwendung auf den Beruf zur Leitlinie des Programms erhoben. Aus dem aufgestellten, sehr reichen Arbeits- und Kampfprogramm seien folgende Punkte erwähnt:

Energische Abwehr der Angriffe auf die Grundschule, Ablehnung aller Standesschulen, Ausbau der allgemeinen Volksschule, soziale Hilfe für die Kinder aus wirtschaftlich gedrückten Verhältnissen: Schulspeisung, Lern- und Lernmittelfreiheit usw., **Vermehrung der staatlichen und gemeindlichen Kindergärten und Kinderhorte, Stellung der Wirtschaft** nach ihrer heutigen Bedeutung für Kultur und Volk **im Lehrplan aller Schulen**, Verbot **unzeitgemäßer Lehrbücher** und Lernmittel, Förderungsmöglichkeiten **für Schwach- und Sonderbegabte**, für Schwererziehbare und alle die Opfer der sozialen Not unter der Jugend, **Pflege der Erwachsenenbildung, Schaffung einer Reichsbehörde für das einheitliche Bildungswesen.** — Zum ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft wurde Lehrer Quer in Kassel, Hafenstr. 31, gewählt. Der nächste Verbandstag findet in Weimar statt.

*

Nach diesen Berichten wurde sowohl in Hamburg wie in Minden nützliche Arbeit geleistet. Die Forderungen, die dort aufgestellt wurden, unterschreiben wir aus ganzem Herzen und wünschen, daß sich die Parlamente mit ganz anderer Wärme dieser Fragen annehmen. Aber war ein solches Nebeneinanderarbeiten wirklich notwendig? — Würden die sozialistischen Lehrer nicht ein ganz Teil mehr Stoßkraft haben, wenn sie in einer Front marschierten? Da scheint es doch noch irgendwo zu hapern.

Das Ende des Beamtenabbaues.

Eine Vorlage der Reichsregierung.

Wie amtlich mitgeteilt wird, sieht die neue Novelle zur Personal-Abbau-Verordnung wesentliche Veränderungen vor:

1. Gänzliche Aufhebung der für die Beamten und Angestellten geltenden Abbaubestimmungen.
2. Völlige Beseitigung der Pensionskürzungsvorschriften.
3. Gewährung von Abfindungssummen an verheiratete weibliche Beamtinnen, die aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden.
4. Hinaufsetzung des Mindestwartegeldes und des Höchstsatzes des Wartegeldes.
5. Einschränkung der Einstellungssperre, besondere Berücksichtigung der Versorgungsanwärter und Schwerkriegsbeschädigten bei Einstellung von Beamten.
6. Gewährung von Witwen- und Waisengeld an die Hinterbliebenen eines verstorbenen Ruhegehaltsempfängers, der sich erst nach der Pensionierung verheiratet hat.
7. Gewährung einer Witwenbeihilfe an schuldlos geschiedene Ehefrauen verstorbener Beamter oder Ruhegehaltsempfänger.
8. Gewährung einer Witwenbeihilfe an wieder verheiratete witwengeldberechtigte Witwen im Todesfalle des zweiten Ehemannes.

Da diese Veränderungen nicht ohne Einfluß auf die Rechte der Länder- und Gemeindebeamten bleiben werden, war eine vorherige Beteiligung des Reichsrats geboten, um so eine gleichmäßige Behandlung der Reichsbeamten mit den Länder- und Gemeindebeamten zu erzielen.

Reichstarif im Dachdeckergewerbe.

Nach langen Verhandlungen ist es dem Zentralverband der Dachdecker gelungen, mit den Arbeitgebern einen neuen Reichstarifvertrag abzuschließen. Der alte Tarif war von den Arbeitern gekündigt worden, um die Ferienfrage endlich zu regeln, was **von den Arbeitgebern im Jahre 1924 abgelehnt wurde.** Der neue Reichstarif billigt für je [illegible] Arbeitstage einen Urlaubstag pro Jahr zu. Der **Achtstundentag** konnte trotz des Widerstandes der Arbeitgeber aufrechterhalten werden. Wie im alten Tarifvertrag, so lehnen sich auch im neuen die Löhne eng an die im Baugewerbe gezahlten an. Es gelang aber, darüber hinaus Zuschläge zwischen 6 und 18 Proz. zu erreichen. Der neue Tarifvertrag hat Rechtskraft ab 1. Juni. Seine Rechtsverbindlichkeit ist beantragt worden.

Das Wahlprüfungsgericht über die Hannoversche Vorabstimmung.

Welfische Proteste. — Vom Gericht abgewiesen.

SPD. Das Wahlprüfungsgericht hat am Montag unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Spahn (Ztr.) getagt. An der Verhandlung nahmen ferner teil die Reichsgerichtsräte Dr. Flach und Zeiler sowie die Reichstagsabgeordneten Lohmann (Dtn.) und Eichhorn (Komm.). Hauptverhandlungsgegenstand war die Vorabstimmung in Hannover. Die Vorabstimmung in Hannover wurde geprüft. Der Berichterstatter Dr. Lohmann (Dtn.) teilte mit, daß die Gesamtzahl der Stimmberechtigten 1 765 692 betrug. Für die Vornahme der Vorabstimmung wurden 449 531 Stimmen, dagegen 92 819 abgegeben. Die Zahl der erforderlichen Ja-Stimmen ist um 128 918 hinter der dafür erforderlichen Zahl zurückgeblieben. Beschwerde gegen die Vorabstimmung hat Rechtsanwalt v. Alten namens der Deutsch-Hannoverschen Partei eingelegt, und zwar mit der Begründung, die Vorabstimmung sei nicht hinreichend vorbereitet gewesen und in die Durchführung der Vorabstimmung sei rechtswidrig eingegriffen worden. Auch hätten die Stimmlisten zahlreiche Unrichtigkeiten enthalten. Der Reichsbeauftragte hatte demgegenüber u. a. darauf hingewiesen, daß die Vorabstimmung sechs Wochen vor dem Termin ausgeschrieben worden ist, was eine längere Frist als die für Reichstagsneuwahlen vorgesehene bedeute. Abg. Hampe (D.-Hann.) führt in Begründung der Beschwerde aus, die preußische Regierung habe als Partei in die Vorabstimmung eingegriffen und sie erheblich beeinflußt, anstatt sie unparteiisch zu leiten. Ohne diese Beeinflussung wäre voraussichtlich die erforderliche Zahl der Ja-Stimmen erreicht worden. Auf solche Weise würde das Recht unzulässig torpediert. Rechtsanwalt v. Alten: Die in Frage kommenden Beamten hätten erst nach der zwei Wochen vor der Abstimmung stattfindenden Reichstagswahl, also zu spät, die Anweisung erhalten, was sie zu tun hätten. Inzwischen hätten sich eine ganze Anzahl teils grober, teils weniger schwerer Unrichtigkeiten ergeben. Rechtsanwalt Wagemann beschwert sich über angebliche unzulässige Eingriffe preußischer Behörden in den Abstimmungskampf, besonders über Oberpräsident Noske.

Als Vertreter der preußischen Regierung führte Ministerialrat Gracier aus, daß die preußische Regierung durch ihre Verwaltung nicht in unzulässiger Weise in die Abstimmung eingegriffen und dadurch das Ergebnis beeinflußt habe. Im übrigen habe der Gesetzgeber der Regierung des Landes, von dem ein Teil abgetrennt werden solle, durchaus den Charakter und die Rechte als Partei zubilligen wollen. Die preußische Regierung habe niemals Geld zum Stimmenkauf verwendet, wohl aber zur Aufklärung in dem ihr zustehenden Rahmen. Dazu seien auch an politische Parteien Gelder gezahlt worden. Der Oberpräsident habe die Abstimmungsfreiheit in keiner Weise bedroht oder erschwert. Auch sei nicht auf die Beamten eingewirkt worden, nicht zur Abstimmung zu gehen. Der Reichsbeauftragte für das Wahlprüfungsverfahren Ministerialrat Dr. Kaisenberg vom Reichsministerium des Innern betont, daß die Vorbereitung der Vorabstimmung mit genau derselben Sorgfalt vorgenommen sei wie alle anderen Wahlen und Abstimmungen. Er beantrage daher die Gültigkeitserklärung der Vorabstimmung.

Das Wahlprüfungsgericht kam zu folgender Entscheidung: Die Vorabstimmung im Abstimmungsbezirk Hannover ist gültig. In der Begründung wurde angeführt, daß die Länder zu dem Kreise der Beteiligten gehören. Sie sind daher berechtigt, ihren Einfluß geltend zu machen. Das Auftreten Noskes gebe einen Anlaß zu einem Vorwurf gegen Preußen nicht. Die geltend gemachten Einzelheiten haben keine ausschlaggebende Bedeutung. Das Wahlprüfungsgericht ist daher in ihre Einzelprüfung nicht eingetreten.

Das Wahlprüfungsgericht beschäftigte sich dann mit der Prüfung der Wahlen in Hessen, die ebenfalls für gültig erklärt wurden.

Der zweite Tschekaprozeß.

Schwere Belastung der angeklagten Mecklenburger Kommunisten.

Leipzig, 6. Juni. (Eig. Drahtb.)

Am zweiten Verhandlungstage des Mecklenburger Tscheka-Prozesses wurde zunächst der Angeklagte Winkel vernommen, der nach seinen Aussagen bis Ende 1922 der kommunistischen Jugend angehörte. Darauf wurde er in der Partei angestellt, wo er nur Botengänge verrichtet haben will. Ueber den Inhalt der von ihm beförderten Briefe sei er nicht unterrichtet gewesen. Als Entlohnung habe er wöchentlich 20—40 M erhalten. Unterstellt war er einem Genossen Harry, der ihn mit Walter bekanntmachte, den er bei einer Gegenüberstellung während der Untersuchungshaft als Zeutschel bestimmt wiedererkannte.

In der Hauptverhandlung behauptete er, daß er damals die Unwahrheit gesagt habe. Mitte April 1924 sei er mit Walter nach Hagenow gefahren und dieser habe ihm auf die Frage, was er dort wolle, geantwortet, er **habe Lust, jemanden zu ermorden.** In Hagenow habe er einen Jungen **nach der Wohnung des Jonas gefragt.** Im nahen Walde hätten sie genächtigt und Walter habe ihm die Stelle gezeigt, die Jonas immer passiere. Mit Harry habe er über Mordpläne nicht gesprochen, auch war er der Annahme, daß es Walter nicht ernst meinte, obwohl er ihm erklärt hat, daß er Jonas umbringen wolle, ohne ihm aber den Grund seines Verhaltens anzugeben. Bei der weiteren Vernehmung verwickelt sich Winkel öfter in Widersprüche. Nach der Vernehmung des Winkel wird in die Beweisaufnahme eingetreten. Zuerst erstatten die Sachverständigen ihr Gutachten über den Obduktionsbefund der Leiche des ermordeten Jonas, die in einem Gehölz bei Hagenow gefunden wurde. Der Körper habe **vier Einschüsse und vier Ausschüsse aufgewiesen**, an der Stirn befanden sich Hautabschürfungen, die wahrscheinlich beim Hinfallen des Erschossenen entstanden sind. Der Tod ist durch Verbluten eingetreten. Die Mordwaffe lag in der Nähe des Tatortes. — Die Verhandlung wird auf Montag vertagt.

Hitler gegen seine Scharen.

Aus einer Mitteilung im „Völkischen Beobachter", des Hitler-Organs, geht hervor, daß innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung in Thüringen nach wie vor die schärfsten Gegensätze bestehen. Ein Teil der von Hitler aufgelösten Sturmabteilungen will sich dem Befehl Dinters nicht unterwerfen. Diese Leute haben sich selbständig gemacht und benutzen dabei Abzeichen und Fahnen der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" Hitlers. Der wiederholten Aufforderung, diese angeblich gesetzlich geschützten Partei-Abzeichen abzulegen, weigern sie sich nachzukommen, weshalb **Hitler die Thüringische Landesregierung aufgefordert hat, gegen diese Leute strafrechtlich vorzugehen.**

Genf, 6. Juni. (Eig. Drahtb.) Auf Veranlassung des japanischen Gewerkschaftsbundes wird in diesem Herbst in Frankreich **ein panasiatischer Gewerkschaftskongreß** stattfinden, der die Schaffung internationaler Organisationen aller Industriearbeiter im fernen Osten bezweckt. Außer allen asiatischen Ländern und Kolonien sollen auch Arbeiterdelegierte afrikanischer Staaten geladen werden. Ebenfalls wird Amsterdam zur Teilnahme aufgefordert werden.

Der Fall Höfle.

Eine neue Sensation.

In der Angelegenheit der Untersuchung des geheimnisvollen Todes, den der frühere Reichspostminister Höfle im Untersuchungsgefängnis zum Opfer fiel, ist eine ganz neue Tatsache bekannt geworden, die geeignet ist, lebhafte Verwunderung und größtes Aufsehen zu erregen. Wir erfahren darüber folgende Einzelheiten:

Als einige Wochen nach dem Tode Höfles seine Angehörigen die Kleider durchsuchten, die er als Untersuchungsgefangener getragen hatte, fanden sie in einer Tasche die gerichtliche Mitteilung, daß die gegen ihn schwebende Voruntersuchung wegen Meineides eingestellt sei. Dieser Bescheid war Höfle am 13. April, also eine Woche vor seinem Tode, zugestellt worden. Weder die Verteidiger noch die Familie Höfles hatten bis dahin eine Ahnung von einem gegen Höfle eingeleiteten Meineidsverfahren. Sie konnten sich auch nicht erklären, auf welchen Eid diese Bezichtigung gegründet sei. Erst nach und nach kamen sie auf eine Vermutung, deren Klarstellung im parlamentarischen Untersuchungsausschuß unbedingt erforderlich erscheint. Wie erinnerlich, hatte nach der Verhaftung Höfles das Reichspostministerium zur angeblichen Sicherstellung möglicher Schadensersatzansprüche gegen Höfle einen Arrest in Höhe von 62 000 Mark bei sofortiger Inanspruchnahme von 2400 Mark Gerichtskosten ausgebracht. Um über dieses Arrestbegehren vernommen zu werden, wurde Höfle aus der Untersuchungshaft dem Amtsgericht in Lichterfelde vorgeführt, wohin er sich in Begleitung eines seiner Anwälte begab. Schon dort wurde ihm nahegelegt, zur Klärung seiner Vermögensverhältnisse den Offenbarungseid zu leisten. Auf den Rat seines Verteidigers, der ihm darlegte, daß er als Untersuchungsgefangener weder verpflichtet noch überhaupt in der Lage sei, einen Offenbarungseid zu leisten, da er nicht die Möglichkeit habe, in voller Klarheit und Unabhängigkeit die Eigentumsverhältnisse zu überschauen, lehnte Höfle zunächst die Leistung des Eides ab. Einige Tage später aber gestand er im Untersuchungslazarett dem ihn besuchenden Anwalt, daß er inzwischen von den Staatsanwälten bezw. vom Untersuchungsrichter fortwährend gedrängt worden sei, den Offenbarungseid zu leisten, und daß er diesem Drängen schließlich nachgegeben habe, weil man ihm einredete, die Leistung liege in seinem eigenen Interesse. Der Verteidiger, der ihm über dieses Nachgeben Vorwürfe machte, nahm eine Abschrift der beeidigten Vermögenserklärung an sich. Bei näherer Prüfung dieser Erklärung stellte sich dann heraus, daß Höfle sich in verschiedenen Einzelheiten geirrt hatte und zwar zu seinem Ungunsten. Er hatte einzelne Vermögenswerte als eigene bezeichnet, die in Wirklichkeit seiner Frau gehören. Auf Grund dieser nachträglichen Feststellungen reichte Höfle dann eine Berichtigung seiner Erklärung beim Gericht ein. Es besteht nun die Vermutung, daß jenes eingestellte Meineidsverfahren sich auf diesen berichtigten Offenbarungseid bezog, zu dessen Leistung Höfle nach seinen Angaben erst durch das Drängen von Staatsanwälten gebracht worden ist. Berücksichtigt man, daß nach übereinstimmender Bekundung fast aller bisher darüber vernommener Zeugen, Höfle sich seit vielen Wochen vor seinem Tode bereits in außerordentlich niedergedrückter Stimmung befand, so kann man sich denken, daß die Einleitung eines Meineidsverfahrens aus dem oben angegebenen Grunde diese Stimmung noch verzweifelter machen mußte. Es ist jedenfalls mehr als merkwürdig, daß **weder die Staatsanwaltschaft noch die Gerichtsbehörden bisher von der Anhängigmachung des Meineidsverfahrens irgend etwas mitgeteilt** und das die Staatsanwälte sogar **als Zeugen vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages** mit keiner Silbe daran erinnert haben. Bei der ferneren Untersuchung vor dem preußischen Landtagsausschuß wird man deshalb an der Aufklärung dieses merkwürdigen Verfahrens nicht vorübergehen können. Die Bestätigung der bisherigen Vermutungen würde sicher ein neues Licht auf die Methoden werfen, die im Untersuchungsgefängnis gegen Beschuldigte angewandt wurden, die in die völkisch-nationale Barmathetze einbezogen worden sind.

Eine Musterverwaltung.

Heitere Zustände im Königsberger Magistrat.

Aus Königsberg wird uns geschrieben:

Seit einigen Monaten leidet die Königsberger Stadtverwaltung unter einem Kommunalskandal, dessen Folgen immer weitere Kreise ziehen. In der Hauptsache handelt es sich um folgendes: Der Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer in Königsberg lieh dem Stadtkämmerer Dr. Lehmann aus den Mitteln der Stadtbank zinslos und ohne den Verwaltungsrat zu befragen, einen Betrag von 50 000 Mark unter besonders günstigen Bedingungen. Mit diesem Gelde kaufte sich Lehmann ein Grundstück, das später **wieder zu erhöhtem Preise an die Stadtverwaltung verkauft wurde.** Daneben ließ der Oberbürgermeister es zu, daß der Stadtkämmerer Dr. Lehmann einzelnen Beamten und Angestellten Zuwendungen machte, ohne die bisher übliche Mitwirkung des Personaldezernenten und des hierfür bestehenden Ausschusses. Der Regierungspräsident von Königsberg v. Bahrfeld hatte wegen dieser Pflichtverletzungen dem Oberbürgermeister einen Verweis erteilt und den Stadtkämmerer Dr. Lehmann mit einer Geldbuße von 1000 Mark bestraft. Die Angelegenheit scheint aber noch viel schlimmer zu stehen, denn, wie die Königsberger Blätter melden, hat die Staatsanwaltschaft in Königsberg nunmehr das Strafverfahren gegen den Oberbürgermeister und den Stadtkämmerer wegen Untreue im Amte eingeleitet. Wie weiter gemeldet wird, war beabsichtigt, **in den Kreisen der Stadtverwaltung und der Rechtsparteien die Angelegenheit unter der Hand** zu erledigen, indem man den Stadtkämmerer Dr. Lehmann 75 000 Mark Abfindung bot, wenn er freiwillig aus seinem Amte scheide. Veranlasser dieses Angebots sollen der **Stadtschulrat Stettiner und Stadtverordnetenvorsteher Schwarz** sein. Beide gehören, wie auch Lohmeyer, als Mitglieder der Deutschen Volkspartei an. Wie die „Königsberger Volkszeitung" mitteilt, war in den Kreisen der Deutschen Volkspartei beabsichtigt, die Angelegenheit dadurch aus der Welt zu schaffen, daß man den Stadtkämmerer Dr. Lehmann in die Wüste schickte, um den Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer zu retten. Es soll auch der kommissarische Regierungspräsident v. Bahrfeld und der Staatssekretär Meister im preußischen Innenministerium beeinflußt worden sein, daß Lohmeyer nur im Verwaltungswege **unter Umgehung der ordentlichen** Disziplinargerichte mit einem Verweise bestraft wird. Einen Strich durch die ganze Rechnung hat nun die Staatsanwaltschaft durch Einleitung des Strafverfahrens gemacht. Wie man hört, schweben im preußischen Innenministerium Erwägungen, den Königsberger Regierungspräsidenten v. Bahrfeld von seinem Posten abzuberufen, weil er nicht mit der notwendigen Entschiedenheit in den Korruptionsherd in Königsberg eingegriffen hat. Es ist sehr merkwürdig, daß in der deutschen Presse über den Königsberger Kommunalskandal so gut wie gar nichts berichtet wird. Blätter wie die „Kölnische Zeitung" und dergleichen gehören bekanntlich der Deutschen Volkspartei an, und da schweigt man solche Dinge lieber tot.

Die französische Generalwirtschaft im Rheinland.

Neue Schikanen.

SPD. Mainz, 6. Juni. (Eig. Drahtber.)

Es scheint, als ob die durch die Sicherheits- und Räumungsfrage wieder getrübten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sich auch im Regime der Besatzungsbehörden wieder stärker geltend machen. Einige Vorkommnisse der letzten Zeit sprechen dafür. So wurden vor kurzem drei hohe Beamte der Reichsbahndirektion Mainz, deren Ausweisung zwar noch nicht formell aufgehoben, die aber zur Dienstausübung zugelassen waren, von einem neuen Verbot ihrer Dienstausübung betroffen. Eine Begründung wurde diesem Verbot nicht beigegeben. Man weiß aber aus sehr guter Quelle, daß das Vorgehen gegen die drei Beamten seinen Grund darin hat, daß die Reichsbahndirektion Mainz sich dem Verlangen der Besatzungsbehörden, die Familienmitglieder der Offiziere des Besatzungsheeres gratis zu befördern, widersetzt hat.

Auch die Presse wird in der letzten Zeit wieder schärfer angepackt. Nach ein paar Zeitungsverboten in der jüngsten Zeit hat dieser Tage das französische Kriegsgericht in Mainz gegen den Redakteur einer Mainzer Zeitung ein Urteil gefällt, gegen dessen Härte in Anbetracht der geringfügigen Ursache schärfstens protestiert werden muß. Hier der Tatbestand: Die rechtsstehende „Mainzer Tageszeitung" brachte am 30. März ds. Js. eine Mitteilung über die Einweihung eines Denkmals in Oberkirch, Kreis Offenburg, für die im Weltkrieg gefallenen Angehörigen des ehemaligen 1. unterelsässischen Infanterie-Regiments Nr. 132, das zuletzt in Straßburg in Garnison stand. Anschließend daran wurde zur Teilnahme an einer Regimentsfeier aufgefordert. In dieser Notiz sah die Besatzungsbehörde eine Aufforderung zur Teilnahme an einer durch die Interalliierte Rheinlandkommission aufgelösten und verbotenen Vereinigung. Der verantwortliche Schriftleiter Alexander Burger hatte sich deshalb am letzten Freitag vor dem Kriegsgericht am Hauptquartier der Rheinarmee zu verantworten. Trotzdem er erklärte, daß ohne sein Wissen und Willen die Notiz in die Zeitung gelangt sei, daß es sich im übrigen um ein Regiment des ehemaligen deutschen Heeres handle, das in Mainz und seiner näheren und weiteren Umgebung kaum Angehörige besitze und trotzdem er nachdrücklich bestritt, zur Teilnahme und zum Zusammenschluß an einer verbotenen Vereinigung aufgefordert zu haben, verurteilte das Kriegsgericht den Redakteur zu **drei Monaten Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe.** Diese ungeheuerliche Strafe wird kaum dadurch gemildert, daß man Burger hinsichtlich der gegen ihn erkannten Gefängnisstrafe Strafaufschub gewährte. 2000 Mark Geldstrafe sind heute auch kein Pappenstiel.

Dieses Urteil beleuchtet wieder einmal die außerordentlich schwierige Situation, in der sich die Presse des besetzten Gebietes befindet. Täglich laufen Meldungen solcher und anderer Art ein, und es bedarf der angespanntesten Aufmerksamkeit, damit nicht eine Notiz durchgeht, die dann schwer geahndet wird. Es ist schon so, wie Genosse Uhr in der „Ere Nouvelle" und der Generalsekretär der französischen „Liga für Menschenrechte" Henri Guernut in „Quotidien" es verschiedentlich geschrieben haben, daß die Militärs im besetzten Rheinland sich um die Wünsche der Regierung in Paris nicht kümmern, wobei man allerdings auch den Pariser Stellen den Vorwurf nicht ersparen kann, daß sie den Militärs im besetzten Gebiet allzu freie Hand lassen.

Parteitag der bayrischen Volkspartei.

Fazit: sie bleibt reaktionär durch und durch.

München, 7. Juni. (Eig. Drahtbr.)

Der am Sonnabend in München stattgefundenen Tagung des Landesausschusses der Bayrischen Volkspartei wurde vor allem in den Kreisen dieser Partei selbst mit einiger Spannung und mit Besorgnis entgegengesehen, da die überraschende Hindenburg-Parole des Landesausschusses am 7. April (der damalige Beschluß wurde entgegen der seinerzeitigen Meldung nur mit 67 gegen 56 Stimmen gefaßt) in der ganzen Partei erheblichen Sturm heraufbeschworen hatte. In gewissen Augenblicken drohte aus der Verwirrung sogar eine ernste Parteikrise zu werden, da der große Bruder in Nord und West, nämlich das Zentrum, drohend bereit stand, um die flüchtigen Anhänger der Bayrischen Volkspartei eventuell aufzunehmen. Da die Unzufriedenheit weite Kreise der katholischen Geistlichkeit auf dem Lande, die bekanntlich die Hauptstütze der Partei sind, ergriffen hatte, und neben ihnen die **katholischen Arbeitervereine** und die **christlichen Gewerkschaften**, so konnte die Parteileitung nicht befehlshaberisch auftreten, sondern mußte dem heiklen Problem mit einem Höchstmaß taktischer Schlauheit zu Leibe gehen. Aus diesem Grunde hat sich auch die Polemik gegen das Zentrum auf ein Mindestmaß beschränkt und es ist stillschweigend hingenommen, daß in die Kommission, die das Verhältnis zwischen Bayerischer Volkspartei und Zentrum mit dem Ziel der Aufrichtung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen beiden Parteien zu untersuchen hat, in der Hauptsache linksstehende Arbeitervertreter des Zentrums delegiert wurden.

Die ganze Vorbereitung auf den Parteitag hatte sich die eine Aufgabe gestellt, die drohende Möglichkeit eines Richtungsstreits innerhalb der Partei abzuwenden und die Erörterung über eine eventuelle Neuorientierung der Partei auf ein Minimum zu beschränken. Das scheint den Parteitaktikern unter Zuhilfenahme der immer noch uneingeschränkten Autorität des Parteiführers des Ministerpräsidenten Dr. Held, gelungen zu sein. Das zeigte sich auch in der vollzähligen Wiederwahl des bisherigen Landesvorstandes und des bayrischen Parteivorstandes. Im Landesvorstand befindet sich auch der Agitator eines monarchistischen Putsches, der Königliche Minister a. D. v. Seidlein. — Das Ergebnis der Aussprache über den ersten Punkt kann nach der Bayrischen Volkspartei-Korrespondenz dahin zusammengefaßt werden, daß der Landesausschuß im einmütigen Urteil und ohne jede Gegensätzlichkeit in dieser Frage auseinandergehe, daß die Geschlossenheit und Einmütigkeit der Partei **trotz unterschiedlicher Auffassung** über die Zweckmäßigkeit der **Wahlparole Hindenburg** unangetastet bleibe und daß der Ausgang der Reichspräsidentenwahl allgemein als ein politisch begrüßenswertes Ereignis anerkannt wird. In der Bayrischen Volkspartei sei der ernste Wille vorhanden, den Weg einer **Wiederannäherung an das Zentrum** frei zu halten und die Hoffnung nicht aufzugeben, daß die innere Entwicklung der Zentrumspartei die Ueberbrückung der Kluft zwischen den beiden Parteien schaffen möge.

Wo Gründe nicht helfen, hilft Mord.

SPD. Genf, 6. Juni. (Eig. Drahtb.)

In Konferenzkreisen wird ein Rossoni-Interview kommentiert, das „Popolo d'Italia" veröffentlicht. Rossini beschimpft dort den Genossen Tarragona, das Mitglied des Verwaltungsrats, und Labrini, den „Giustizia"-Redakteur wegen angeblicher Verleumdung Italiens auf der Genfer Konferenz. Die Faschisten werden aufgefordert, mit beiden „ein Ende zu machen" und „sie zu überzeugen", daß man nicht straflos das eigene Land beschimpfen dürfe.

Das tägliche Brot

Roman von Clara Viebig.

88. Fortsetzung (Nachdruck verboten.)

Da stand Fridchen kerzengerade im Körbchen, mit entsetzten Augen, und der Vater raste umher und schlug mit einem Stock alles kurz und klein. Krach, jetzt gegen die Wand — klirr, jetzt in den Küchenrahmen. All das schöne Porzellan zu Scherben.

„Arthur!"

Er hörte sie nicht; immer weiter fuchtelte er mit dem Stock. Da stürzte sie vollends ins Zimmer, riß das Kind aus dem Bettchen und preßte es an ihre Brust, daß er's nicht totschlug.

Jetzt erst bemerkte er sie. „Du — du —"

Sie floh, — er ihr nach, mit dem Stock drohend.

Sie flog die Treppen hinunter, er polterte hinterdrein.

„Meine Frau — ich schlag se tot — meine Frau!" Ueberlaut dröhnte seine Stimme durch das nachtstille Haus.

Türen knarrten und wurden geöffnet, Lichtschein fiel heraus. Sie floh in sinnloser Angst.

„Meine Frau — halt se fest — wo is se — meine Frau?!"

Immer weiter floh sie — jetzt war sie unten im Keller. In der dunkelsten Ecke kauerte sie sich nieder, ihr Herz pochte rasend, ihr Kopf war verwirrt. Mit aufgerissenen Augen ins Dunkel starrend, das wimmernde Kind fest an sich gedrückt, lauschte sie nach oben. Hier würde er sie nicht finden. Noch hörte sie sein Geschrei: „Meine Frau, meine Frau" — dann andere Stimmen.

Das ganze Haus war alarmiert. In einem Gefühl unsäglicher Scham kroch Mine immer mehr in sich zusammen.

Nach und nach wurde es still, sie hatten ihn wohl beruhigt. Noch immer lauschte sie mit angehaltenem Atem; endlich richtete sie sich auf. Wie lange sie hier wohl gesessen hatte? Sie war ganz steif. Fridchen wieste und hustete; die hatte sich gewiß erkältet! Da wohin jetzt — wohin?!

Hinauf in die Wohnung traute sich Mine noch nicht. Langsam, schwerfällig stieg sie die Kellertreppe hinauf, am liebsten wäre sie auf allen Vieren gekrochen, ihre Füße wollten sie kaum mehr tragen. Wohin — wohin—?!

Bei Bartuschewskis schimmerte noch ein Licht. Trotzdem die feind mit ihr waren, sie nicht einmal mehr grüßten, konnte sie dort an. Die Bartuschewski in Unterrock und Nachtjacke, öffnete. „Bartuschewski is oben bei Ihrem Mann," flüsterte sie und zog Mine hastig über die Schwelle. „Kommen Se rein!"

Ein paar Augenblicke sahen sich die beiden Frauen stumm an, dann nickten sie sich zu — traurig verständnisinnig, — und weinend fielen sie sich um den Hals. Sie waren versöhnt. — —

Am Morgen, als Mine ihren Mann aus dem Hause wußte, kletterte sie die vielen Treppen hinauf. Heute konnte sie nicht zur Arbeit gehen, und wenn sie die Waschstelle deswegen verlieren sollte: ihr war zu elend.

Wie eine alte Frau hielt sie sich am Treppengeländer fest und erstieg mühsam Stufe um Stufe. Ihr Herz klopfte, als sie die Klinke ihrer Stubentür niederdrückte — wenn er nun doch noch drin war?! Sie mochte ihn gar nicht wiedersehen — nein, nie, nie wieder!

Mit einem beklommenen Atemzug trat sie ein. Er war fort! Da war das zerwühlte Bett; Kissen und Leintuch und Zudecke, alles durcheinander gekrault. Da stand die schmutzige Waschschale, das Wasser war noch gerötet — da lag das Handtuch, mit dem sie ihm das Blut abgewaschen — und da, gedunkelte Blutstropfen, überall, auf den Dielen, auf der Schwelle.

Und Scherben, Scherben! Die grelle Morgensonne zeigte alles. —

Mit einem Wehlaut kniete Mine neben dem Oeschen nieder. Oh, ihr Stolz, ihre einzige Zierde, ihr schöner Küchenrahmen! Ein einsames Tütchen hing unversehrt ganz oben, sonst baumelten nur noch ein paar Henkel in den blauen Bändchen. Alles war abgeschlagen, aber auch alles. Selbst die hölzernen Kochlöffel hatte er demoliert. Der Wüterich!

Mit zitternden Händen las Mine die Scherben in ihre Schürze; sie schnitt sich dabei in die Finger, aber sie merkte es nicht. Wie vernichtet kauerte sie auf dem Boden und starrte den leeren Küchenrahmen an.

So fand die Bartuschewski sie, die mit Fridchen nachkam. In mitfühlender Geschwätzigkeit suchte sie Mine zu trösten, aber diese schüttelte den Kopf, immerfort wimmernd: „Mein Küchenrahmen, mein Küchenrahmen!"

Fridchen, die erst mit verwunderten Augen umhergestarrt, fing jetzt kläglich an zu weinen; sie fürchtete sich vor der wüsten Stube, fürchtete sich auch vor der Mutter und klammerte sich, von ihr zurückweichend, an den Rock der Bartuschewski.

Das brachte Mine wieder zu sich. Sich die noch ungeglätteten Haare aus dem Gesicht streichend, erhob sie sich mit einem tiefen Seufzer. Es half doch alles nichts, das war nun mal so. Sie machte sich ans Aufräumen. Die Bartuschewski war so freundlich und nahm ihr die Scherben mit nach unten — ihr schönes Porzellan eigenhändig in den Müllkasten werfen, nein, das konnte sie nicht, das brach ihr das Herz.

Die Sonne lachte so freundlich, so heiter wie nur je, als Mine kehrte und wischte und ordnete. Der große Petroleumfleck beim Tisch war so leicht nicht herauszubringen, trotz allen Scheuerns; schwerer noch die eingetrockneten Blutstropfen. Mine mußte sie erst mit dem Daumennagel von der Diele kratzen.

In ein paar Stunden war alles blank: sie hatte gleich die Gelegenheit benutzt und Groß-Reinemachen gehalten, die Wände abgestaubt, das Fenster geputzt. Nun sah sie sich um: alles wieder so, als sei nichts geschehen, und doch — ihr Blick traf den leeren Küchenrahmen, und ihr Gesicht, das sich während der Arbeit ein wenig erhellt hatte, wurde sehr finster.

Als es Mittag geworden, entschloß sie sich doch noch, waschen zu gehen. Vielleicht, daß ihr die Dame nicht böse war, wenn sie wenigstens den halben Tag kam; schaffen würde sie's ja schon noch, wenn sie sich mit doppeltem Eifer daran machte. Denn verlieren durfte sie jetzt keine Stelle, gar keine! Verstörten Blicks starrte sie den leeren Küchenrahmen an, und dann das für Fridchen zu kleine Körbchen — was würden da alles für Ausgaben kommen?! Der Angstschweiß brach ihr aus. Sie nahm Fridchen an die Hand und stieg mit schwerem, müdem Schritt die Treppen hinunter. —

Als Arthur gegen Mitternacht nach Hause kam, die Hände in den Hosentaschen, anscheinend sorglos pfeifend, war Mine noch auf. Er hatte gehofft, sie schon schlafend zu finden. Aber es war sehr spät geworden, bis sie die Wäsche fertig gebracht; nun entkleidete sie eben erst das schlaftrunkene Fridchen.

Sie rührte sich nicht bei seinem Eintritt, sondern blieb beim Körbchen hocken und drehte ihm so den Rücken.

Nur der Mond gab Beleuchtung. Sie hatten ja kein Lämpchen mehr. Es durchzuckte Arthur, und dann sah er den leeren Küchenrahmen. Verflucht! Er fuhr sich mit der Hand über die notdürftig verbundene Stirn — an — der Schmitz schmerzte noch ganz empfindlich! Ueberhaupt war ihm ganz erbärmlich zu Mute, und wenn er pfiff, so tat er's wahrhaftig nicht zum Vergnügen. Sie dachte gewiß, er wäre wieder im Wirtshaus gewesen — prosit Mahlzeit, dazu hatte er kein Geld mehr — und auch keine Lust. Die ganze Zeit nach Feierabend hatte er bei den Alten im Keller gehockt.

Die Mutter, die einen Zank mit Mine witterte, hatte ihn kajoliert, ihm, was sie Gutes besaß, aufgetragen und war dabei weidlich über die Schwiegertochter hergefallen. Er hatte zugehört, ohne Gegenrede, in stummem Trotz. Aber als der Vater aus seiner Stumpfheit plötzlich auffuhr: „De Mine is jut," hatte er auch nicht widersprochen.

Nein, schlecht war sie auch nicht! Er sah nach ihr hin, während er sich entkleidete, und pfiff lauter. Sie rührte sich noch immer nicht, sie stand auch nicht auf, obgleich Fridchen längst eingeschlafen war.

Na, denn nicht! Seine niedergeschlagene Miene wurde verlegen; ärgerlich die Stiefel ausschleudernd, warf er sich ins Bett, daß das krachte.

(Fortsetzung folgt.)

Große Auswahl und billige Preise ermöglichen jedem die Anschaffung!

Damen-Halbschuhe

Damen-Halbschuhe, braun R'Chevr., mit Schiebe-Spange, neue halbspitze Form **9.75**

Damen-Halbschuhe, braun Boxkalf, mit Spange, in neuer eleganter Ausführung **11.75**

Damen-Halbschuhe, braun Boxkalf, zum Schnüren, in neuer eleganter Ausführung **12.75**

Damen-Halbschuhe, zum Schnüren und mit Spange, braun, Boxkalf, neue halbspitze Form. **15.75**

Damen-Halbschuhe, braun Boxkalf, mit 2 Spangen, eleg. vornehme Form, franz. Absatz **16.75**

Damen-Halbschuhe, in Lack, z. Schnüren, mit Spange, amerik. u. franz. Abs., neue Formen **16.75**

Damen-Halbschuhe, braun Boxkalf, zum Schnüren u. mit Spange, amerik. u. franz. Absatz **18.75**

Strand- u. Sportschuhe

Leinen-Halbschuhe für Herren, neue halbspitze Form, gutes Material **7.75**

Tennis- und Segelschuhe, bequeme Paßform aus gutem Material Damen 36-42 **5.25** Herren 42-46 **6.25**

Sandalen, prima braun Rindleder, erstklass. Fabrikat, durchgenähte Ledersohle

43-46	36-42	31-35	27-30	23-26
7.50	6.50	5.25	4.25	3.75

Sandalen, prima braun Rindleder, auf Rand gedoppelt, Doppelsohle, beste Qualität

43-46	46-32	31-35	27-30	23-26
7.75	6.75	5.90	5.25	4.50

Herren-Halbschuhe

Herren-Halbschuhe, braun Mastbox, auf Rand weiß gedopp., n. halbsp. Form, gutes Material **12.75**

Herren-Halbschuhe, braun R'box, neue halbrunde Form, weiß gedoppelt **14.75**

Herren-Halbschuhe, braun Boxkalf, neueste Modelle, in schöner vornehmer Ausführung..... **16.75**

Herren-Halbschuhe in braun, mit verschied. feinfarbigen Nubeck-Einsätzen.....22.75 18.75 **16.75**

Herren-Halbschuhe, braun Boxkalf, Rahmenarbeit, in besonders schöner Ausführung u. Material **18.75**

Herren-Halbschuhe, weiß Leinen, mit braun Boxkalf-Besatz, eleg. vornehme Form, Good-Welt **18.75**

Herren-Stiefel, braun Boxkalf, Rahmenarbeit, neue halbrunde Form, vornehme Ausführung .. **22.75**

Karstadt

Stadthallen-Garten

Inh.: C. HANSCHEN

Täglich von 4—11 Uhr:

Garten-Konzerte

Sonntag von 11—1 Uhr:
Früh-Konzerte

Dienstags und Freitags:
Ball-Abende

Verdeckte Veranden Diners im Garten

Luisenlust

Mittwoch: Gr. Tanzkränzchen Eintritt u. Tanz frei

„Moislinger Baum"

Morgen Mittwoch, den 10. Juni,
Anfang 7.30 Uhr:

Großes

Rheinisches Sommerfest

verbunden mit

Brillant-Feuerwerk

Abbrennen
von Original-Pracht-Feuerwerk

Rheinische Polonäse
Wahl einer rheinischen Königin
Huldigung ihrer Trabanten
Rheinische Preispolonäse usw.

Leitung: **Freddy Semmel-Sembach**

Die Musik wird ausgeführt vom
SULANKE-ORCHESTER

Eintritt frei! Eintritt frei!

Für Spätwagen ist gesorgt!

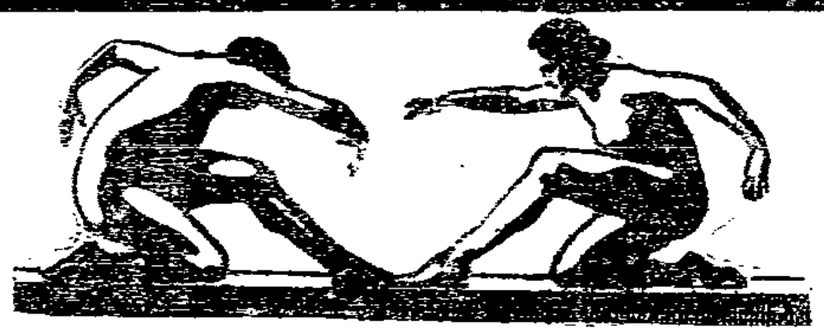
Rudolph Jäde 9111

Am Sonnabend, den 13. Juni:
Gr. Sommerfest des Regier.-Verbandes

Stadthallen-Lichtspiele

Nur noch drei Tage!

Wege zu Kraft u. Schönheit



Ein Film über moderne Körperkultur in 6 kolossalen Akten

mit einleitendem Vortrag von Herrn H. Mertens

Regie: **Wilh. Prager.** Unter Mitwirkung der berühmten Tänzerinnen **Niddy Impekoven, Mary Wigmann, Jenny Hasselquist Tamara Karsavina** und der bekanntesten Sportleute (9116

Der beherzte Neptun Eine Wassersportkomödie in 5 Akten | **Aktuelle Wochenschau**

Achtung! Jugendliche haben zu den Nachmittagsvorstellungen zu halben Preisen Zutritt

Bedeutend verstärktes Orchester, am Dirigentenpult: **Frand Gödel**

Beginn der Vorstellungen nachmittag 5 Uhr, abends 8 Uhr

Inseratmappen Anlagemappen
werden in jed. Größe angefertigt (9087
Anlagen von 9.50 ℳ an
Gebrüder Heftl,
Lutetrawe 111/112
1. Stock, kein Laden
2. Hs. n. d. Holstenstr.
Telt. Spez.-Geschäft.

Kolosseum

9085

Morgen Mittwoch:

Großer Ball

Ballorchester: Die Rich.-Wagner-Kapelle

Kassenöffnung 6½ Uhr **Inh. H. Reck**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck

Mitglieder-Versammlung

am **Donnerstag, dem 11. Juni,** abds. 7½ Uhr, **im Gewerkschaftshaus.**

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß und Aufstellung von Kandidaten
2. Bewilligung von Geldern für die Jugendabteilung
3. Innere Verbandsangelegenheiten. (9095

Die Ortsverwaltung.

Fraier Grundeigenthümer-Verein e. V.
zu Lübek.

Haupt-Versammlung

am **Mittwoch, 10. Juni,** abends 7½ Uhr, bei **Lender,** Hundestr.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes,
2. Wahl des Vorstandes,
3. Verschiedenes.

9114) **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verb.
Verwaltungsstelle Lübeck (9102

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

heute Dienstag, den 9. d. M., abends 7½ Uhr, **im „Gewerkschaftshaus"**

Tagesordnung:
1. Ergebnis der zentralen Lohnverhandlungen.
2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung 6½ Uhr im Bureau.

Die Ortsverwaltung.

Hansatheater

Lübeck (9108

Heute Dienstag und morgen Mittwoch letzte zwei Aufführungen

Das Weib im Purpur

Donnerstag, den 11. Juni abends 8 Uhr Ende 11 Uhr

Große Premiere
der ganz modernen
Schlageroperette

„Marietta"

Operette in 3 Akten von Bodanzky u. Warden
Musik von Walter Kollo
Musikalischer Hauptschlager:
„Was eine Frau im Frühling träumt".
„Warte, warte nur ein Weilchen"
„Was wär die Welt"
In den Hauptrollen als Gäste:
Bertha Hein,
1. Soubrette
Curt Harden,
1. Operettenbuffo
Rolf Günther.
1. Operettentenor.

Weitere Mitwirkende: Hans Geissler, Georg Pahl, Richard Specht, Erich Heldt, Ludwig Heroldt, Eduard Büsing, Alfred Mohrmann, Lilly Towska, Lia Fricke.

Tanzleitung: Balletmeisterin **Betty Krüger.**

Vorverkauf: Zigarrengeschäft Buse, Breite Str., Ecke Johannisstr., Kaufhaus Karstadt und Holstenhaus.

Stadttheater Lübeck

Dienstag, 7.30 Uhr:
Im weißen Rössl

Mittwoch, 7.30 Uhr.
Die Hand, Die Verlobung bei der Laterne und: Das Versprechen hinterm Herd (9084

Donnerstag, 7.30 Uhr:
Figaros Hochzeit.

Freitag, 7.30 Uhr:
Im weißen Rössl

Lübecker Volksbote

Beilage — Dienstag, 9. Juni 1925 — Nummer 131

Freistaat Lübeck

Dienstag, 9. Juni.

Aus der Bürgerschaft.

Saboteure des Wohnungsbaues. — Kommunisten verhelfen Deutschnationalen zur Vertretung in die Behörden.

Die heutige Steuergesetzgebung ist durch und durch ungerecht. Sie zieht ihre Kraft zum größten Teil aus den für Lohn und Gehalt arbeitenden Schichten und holt aus ihnen das Aeußerste heraus, während die Besitzenden immer noch verstehen, sich aus den Schlingen zu entwinden. Das Reich, in dem stets und ständig die bürgerlichen Parteien die Mehrheit im Parlament besaßen, schiebt die Aufbringung der Lasten den Ländern zu, in denen wiederum die Rechtsparteien ausschlaggebend sind. Die Einzelstaaten aber müssen leben und sie kämpfen um ihre Existenz um so schwerer, je kleiner sie sind. Viel Auswahl bleibt ihnen in der Wahl der Mittel nicht. Frei sind sie lediglich in der Grund- und Gewerbesteuer. In die Grundsteuer zum Teil einbezogen ist auch die Aufwertungssteuer, die sog. Mietzinssteuer, von den Sozialdemokraten seinerzeit unter dem eisernen Zwang geschluckt, das grauenhafte Wohnungselend und die Arbeitslosingkeit zu lindern. Die Macht der Verhältnisse, die fortdauernde Kurzsichtigkeit großer Wählermassen zugunsten der Rechtsparteien, schaffte die Möglichkeit, von der Steuer, ausschließlich zur Behebung der Wohnungsnot gedacht, einen großen Teil für die finanzielle Aufrechterhaltung des Staates zu verwenden. Es ist, wie unser Fraktionsvorsitzender Genosse Haut gestern in der Bürgerschaft zum soundsovielten Male betonte, eine rigorose Steuer. Aber trotzdem heißt es: friß Vogel oder stirb. Sie wertet sich aber, dank dem Weitblick der Sozialdemokraten, trotzdem noch bedeutend im Wohnungsbau und in der Arbeitsbeschaffung für sehr viele Arbeiter aus. Wir haben keine andere Wahl. Ginge es nach den Wortführern der Grundeigentümer, dann würde in Lübeck keine einzige Wohnung mehr gebaut, dann könnte auch der Staat das Lämpchen löschen. Sie versuchten zwar gestern nur noch mit schwachen Ansätzen ihre eigensüchtigen Interessen zu verfechten, sahen aber trotz der stillen Hilfe der Kommunisten das Schwinden ihrer Kraft. Der ehemalige Senatsanwärter Dr. Geister jappte nur und wußte sich zuletzt kaum mehr zu helfen, als ihm der Wortführer Genosse Ehlers plausibel machte, daß zu Christi Zeiten gestellte Anträge doch heute nicht mehr kursfähig sein können. Immerhin, was der juristische Vertreter der Grundeigentümer fordert, war genug, um den Wohnungsbau stillzulegen. Die Herren haben es sowieso schon fertig gebracht, daß durch ihre Quengeleien weniger Wohnungen gebaut werden können. Deren Volksfreundlichkeit und Staatssinn ist es zu verdanken, daß die Finanzbehörde nicht sofort die für den Wohnungsbau in Aussicht genommene Summe flüssig machen konnte. Dadurch wurde ein vorteilhafter Baumaterialieneinkauf verhindert. Und nun versuchten die Edlen das gleiche Theater noch einmal. Genosse Haut stemmte sich diesen Geistern mit energischem Ruck entgegen. Dem Größten einen legte er durch einen Zwischenruf (siehe Verhandlungsbericht) die Doppelzunge quer.

Den Kommunisten blieb es vorbehalten, bei der Abstimmung mit den Hausbesitzern zu protestieren. Gehen die Hausbesitzer (natürlich meinen wir damit die auf Spekulation ausgehenden) von dem Grundsatz aus, den gemeinnützig-sozialen Wohnungsbau kaputt zu machen, um privatkapitalistische Ziele zu schinden, so die Moskowiter, um durch das dadurch aufkommende vergrößerte Elend einige Stimmen Verblendeter zu fangen. Doch, das ist nichts Neues, diese Weitblicke werden mit der Zeit Früchte tragen — aber nicht für die Saboteure.

Ja, es ist etwas Eigenes um kommunistische Politik. Die Moskowiter bekundeten gestern zum zweitenmal, daß sie ihr Revers für die Beibehaltung des Bürgerschaftsmandats verpflichtet, lieber mit den verschworensten Feinden der Arbeiterklasse zu gehen als einem Sozialdemokraten die Stimme zu geben. Und so verhalfen sie, wie vor einiger Zeit in der Baubehörde, einem Deutschnationalen, dem Sohne des verbohrtesten Arbeiterfeindes — Rosenquist — zu einem Sitz in der Feuerlöschbehörde. Vielleicht in der Zuversicht, daß ihr Günstling den nächsten kommunistischen Brand nur mit Wasser löschen hilft. Eine Liebe ist der anderen wert, das weiß man auch aus der Hindenburgwahl.

Das erkennt selbst der völkische Erneuerer Dr. Wittern an, der sich in der Diätenfrage zu der Auffassung seines kommunistischen Freundes Roß bekehrte — mit einer Einschränkung, die vorläufig ohne Bedeutung ist. Die sich aber bei der nächsten Wahl in einer Auswirkung zeigen würde, vor denen die beiden Freunde selbst erschauern müßten. Sie bildeten dann — jeder für sich — eine eigene Fraktion. Bataillonskommandeure, ohne Rekruten und ohne Soldaten. Sie übten sich zum Schlusse noch im Kommandieren, die Völkischen und Kommunisten. Sie waren verärgert, daß die übergroße Mehrheit des Hauses ihre gewaltigen Reden nicht anhörte und bezweifelten die Beschlußfähigkeit des Hauses. Da der Erste Wortführer, Genosse Ehlers, im Augenblick nicht anwesend war, ergab sich wieder die grenzenlose Hilflosigkeit seines Stellvertreters, Pastor Ziesenitz, der sofort auf den kommunistisch-völkischen Leim kroch und die Sitzung aufhob, statt sie auf 10 Minuten zu vertagen.

Die mecklenburgisch-pommerschen Agitatoren Roß und Heilborn, die nur zu den Bürgerschaftssitzungen auf Besuch in Lübeck weilen, haben wohl dringendere Geschäfte.

Hinaus ins Freie!

Der Sommer ist da! Wer bringt uns das mehr zum Bewußtsein als unsere Kinder! Die Buben und die Mädel streben hinaus. Am liebsten möchten sie während des ganzen Sommers den ganzen Tag im Freien zubringen; wenn es sein muß, auf den Straßen der Großstadt, aber viel, viel lieber in den Anlagen, im Park, auf Spielwiesen und Badeplätzen. Und welche Mutter möchte diesem Trieb ihres Kindes wehren, in dem sich doch Lebensfreude, Kraft und kindlicher Tätigkeitsdrang so elementar ausdrücken! Nur ungesunde Kinder streben im Sommer nicht ins Freie!

Aber — dieses garstige „Aber" fehlt auch hier nicht. Wer soll denn mit den Kindern ins Freie gehen? Da wissen die Mütter sicher ein Dutzend und mehr Gründe anzuführen, durch die sie angeblich daran gehindert sind, mit ihren Kindern hinauszugehen. Und doch sollte es sich keine Mutter, soweit sie nicht durch Erwerbsarbeit daran gehindert ist, nehmen lassen, mit ihren Kindern den Sommer zu erleben, sie in die Anlagen der Großstädte, die öffentlichen Parks, zu den Spielwiesen und Badegelegenheiten zu führen. Jeder Sommertag, der so im Freien verbracht wird, wo die Lungen reine Luft atmen, die Augen ein Stück Natur und blauen Himmel schauen, ist für die proletarische Mutter und ihr Kind ein unschätzbarer Gewinn. Bedenken wir zunächst nur einmal die rein nützliche Seite der Sache: wieviel weniger wird das Mädel ihr Kleidchen einschmutzen und der Mutter manche Mühe und manchen Aerger sparen, wenn das wachsame Mutterauge nahe ist, und gewiß wird manche Hose unzerrissen bleiben, wenn dem Jungen die Gegenwart der Mutter bewußt ist.

Viel höher einzuschätzen als all dieses ist ja aber die Freude, die sich eine Mutter durch den gemeinsamen Ausgang mit ihren Kindern bereitet, durch das gemeinsame Spielen mit den Kleinen und das Zuschauen beim Spiel der größeren Kinder. Keine Freude kann größer sein als die, ein Kind beim Spiel in freier Natur zu beobachten. Da schließen sich selbst die verhärmtesten, sorgenbedrücktesten Herzen auf, und Freude und Stolz werden da auch in der proletarischen Mutter erweckt. Die Frauen der besitzenden Klassen pflegen ihre Kinder durch Kindermädchen oder Kindergärtnerinnen ins Freie führen zu lassen. Sie sind meistens zu „vornehm" und haben „zu wenig Zeit", um ihre Kinder selbst an die Hand zu nehmen. Nie werden solche Kinder die Freuden haben, die ein Ausgang mit der Mutter vermittelt. Die Kinder des Proletariats aber danken es ihren Müttern, die sich einen sonnigen Nachmittag oder ein paar ganze Ferientage vom grauen Alltag losreißen, mit Liebe, wenn ihre Mütter sie an ein Fleckchen grünen Rasens, unter das Laubzelt der Parkbäume, oder an einem Badestrand führen. Mutter und Kind — beide gewinnen dabei unendlich viel!

H.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände.

Heute, Dienstag, wichtige Vollversammlung der sämtlichen Vorstände des A. D. G. B. Erscheinen aller ist Pflicht. Ausweis ist vorzuzeigen. Ohne diesen hat niemand Zutritt.

Der Vorstand des A. D. G. B. J. A.: Dreger.

pb. **Vermißt.** Seit dem 4. ds. Mts. wird der Kassierer Otto Soltmann, geb. 7. 4. 1883 in Lübeck, aus seiner in der Siedlung Moisling belegenen Wohnung vermißt. Der Vermißte ist 1,66 Meter groß, hat hellblondes Haar, blaue Augen und ist von schmächtiger Gestalt. Er war bekleidet mit blauem weißgesprenkeltem Jackettanzug, schwarzen Schnürstiefeln, Trikothemd und grauen Strümpfen. Personen, die über den Aufenthalt des Vermißten Auskunft geben können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden. — Soweit der Polizeibericht. Wir müssen diesem Steckbrief aber noch etwas hinzufügen. Soltmann war ein deutschvölkischer Herr, der für den General-Anzeiger Rechnungen einkassierte und Geld unterschlagen hatte. Er war auch schon bei der Straßenbahn tätig, wo er sich weigerte, für eine Sammelliste zu zeichnen. Er ist ein Schützling von Dr. Wittern, stand auch auf der völkischen Bürgerschaftswahlliste und war ferner ein Mitunterzeichner der von dem deutschnationalen Pastor Kühl inszenierten Hetze gegen den Museumsdirektor Dr. Heise. Wie Figuro zeigt, also ein vielseitiger Mensch. Soltmann hinterließ einen Brief, in dem er die Absicht kundtat, sich das Leben nehmen zu wollen.

pb. **Wegen Hehlerei festgenommen** wurde ein in der Langen Reihe wohnhafter Monteur, sowie dessen 23jähriger Sohn. Sie hatten für eine hiesige Fahrradhandlung Fahrräder zusammenzusetzen. Ihnen wurde das nötige Material von einem Hausdiener überbracht. Sie ließen sich aber mehr Material mitbringen und verwandten dieses zu ihrem eigenen Vorteil. Der Hausdiener, der seinem Arbeitgeber das Material gestohlen hatte, wurde ebenfalls festgenommen.

pb. **Wegen Zuhälterei** wurde ein Schlosser aus Morsbach festgenommen. Er hatte zusammen mit einer hiesigen Arbeiterin, mit der er vorgab verheiratet zu sein, in Fünfhausen Wohnung genommen. Die Arbeiterin ging der gewerbsmäßigen Unzucht nach, von deren Erlös auch der Schlosser seinen Lebensunterhalt bestritt. Aufgedeckt wurde das Treiben durch einen hiesigen Händler, dem die Arbeiterin nach vorausgegangener Bierreise 120 Mark gestohlen hatte. Die Diebin ging ebenfalls in Haft.

Stimme der Jugend! Technischer Schwierigkeiten halber erscheint die „Stimme der Jugend" morgen, Mittwoch.

Badeanstalt Falkenbamm. Die Temperaturen betrugen: Wasser 21, Luft 27 Grad Celsius.

*

Travemünde. Kurhaustheater. Die Aufführungen von Schau- und Lustspielen im Städtischen Kursaal in Bad Travemünde sind Direktor Martin Holtmann übertragen worden. Zur Aufführung gelangen gute, bewährte Lustspiele in vorzüglicher Besetzung. Die Eröffnungsvorstellung findet Montag, den 22. Juni, 8 Uhr abends, statt.

Lübecker Bürgerschaft

b. Lübeck, 8. Juni.

Eingaben — Aufwandsentschädigung.

Der Wortführer Ehlers gibt eine Anzahl Eingaben bekannt. Unter ihnen befindet sich eine solche verschiedener Gemeinden über die Tieferlegung der Wakenitz, der Innungskrankenkassen über die Erhaltung dieser Kassen; die Trinkerfürsorgestelle und andere Vereine fordern Eintreter des Lübecker Vertreters beim Reiche für das Schankstättengesetz, einige christliche Vereine fordern Einschränkung des Alkoholverkaufs an Sonntagen und Alkoholausschankverbot in den öffentlichen Häusern an der Untertrave. Das Arbeiter-Sport-Kartell ladet die Bürgerschaftsmitglieder zur Eröffnung der Reichsarbeitersportwoche ein. —

Ein Senatsdekret besagt, daß der Senat von einer Revision des Fischereigesetzes absieht.

Dietrich (Hausbes.) nimmt einen in der letzten Sitzung gegen das Bürgerschaftsmitglied Haut erhobenen Vorwurf mit Bedauern zurück und betont, daß er dies Herrn Haut gegenüber bereits persönlich getan habe.

*

Haut (Soz.) macht Mitteilung über den Beschluß des Aeltestenausschusses über die **Aufwandsentschädigung der Bürgerschaftsmitglieder.** Danach wird dem Senat ein Gesetzentwurf entgegengebracht, der besagt:

§ 1. Die Mitglieder der Bürgerschaft erhalten eine Aufwandsentschädigung aus der Staatskasse. Die Entschädigung beträgt jährlich

1. für diejenigen, deren Wohnort nicht durch eine Straßenbahn mit der inneren Stadt verbunden ist, 600 M,
2. für alle übrigen 480 M.

Der Wortführer der Bürgerschaft erhält daneben eine besondere Aufwandsentschädigung aus der Staatskasse; sie beträgt das Fünffache der nach Ziffer 2 den Mitgliedern zustehenden Entschädigung. Die Entschädigungen werden in monatlichen nachträglich fälligen Teilbeträgen gezahlt.

§ 2. Die Mitglieder der Bürgerschaft sind zur unentgeltlichen Benutzung der Straßenbahn und aller den Städtischen Betrieben unterstellten Verkehrsmittel berechtigt. Sie haben sich durch eine von der Verwaltung beurkundete Freikarte auszuweisen.

§ 3. Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1925 ab in Kraft. Mit demselben Tage wird das den gleichen Gegenstand betreffende Gesetz vom 23. Mai 1920 abgehoben.

Dr. Wittern (Völk.) ist mit dem Vorschlag wohl einverstanden, fordert aber vorerst Ueberweisung an den Haushaltsausschuß, wo einige Fragen besser erörtert werden könnten als im Plenum. — Henk (DV.) lehnt namens seiner Fraktion den Antrag ab — Haut (Soz.) erklärt, man solle die Sache hier ruhig erörtern, die Bürgerschaft brauche die Oeffentlichkeit einer Aussprache nicht zu scheuen. — Dr. Wittern (Völk.) geht auf Einzelheiten ein. Seine Fraktion sei mit der Begründung, die Herr Roß szt. gegeben habe, einverstanden, obwohl sie sachliche und grundsätzliche Bedenken habe. Man sollte auch den Bürgerschaftsmitgliedern Freifahrt auf der Eisenbahn gewähren, soweit diese in die lübschen Enklaven hineinführen. Die Lübeck-Büchener Bahn sollte dem lübschen Staate entgegenkommen. Wenn aber hier besondere Aufwendungen gemacht würden, müsse man auf der anderen Seite sparen. Die Zahl der Bürgerschaftsmitglieder müsse bei der nächsten Wahl auf 60 herabgemindert werden. Stimme die Bürgerschaft diesem Vorschlage nicht zu, müsse seine Fraktion Bedenken tragen, dem Beschluß des Aeltestenausschusses zuzustimmen. — Der Vorschlag Dr. Witterns wird gegen die Stimmen der Völkischen abgelehnt. Der Antrag des Aeltestenausschusses wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen und geht direkt an den Senat.

Die kommunistische Fraktion stellt die Anfrage an den Senat, wie er sich zu den Urteilen der bayrischen Volksgerichte stellt. Die Anfrage wird von der sozialdemokratischen Fraktion unterstützt

Senator Dr. Vermehren erklärt namens des Senats, daß er seinen Vertreter im Reichsrat angewiesen hatte, für den Gesetzentwurf des Reichstages zu stimmen.

*

Der Senat gibt ferner bekannt, daß der Prozentsatz des Reichswohnungsgeldzuschusses von 85 auf 95 % erhöht wurde. Diese Erhöhung wirkt sich auch im lübschen Staate aus. Die Mehrkosten betragen vom 1. April 25 bis 31. März 26 insgesamt 160 163,30 M.

Besoldung und Titel bei der Sipo.

Roß (Komm.) wendet sich gegen den Antrag. Früher hätte Lübeck nur einen Polizeihauptmann gehabt, heute seien es 13 Offiziere. Das sei kein Abbau der Ordnungspolizei. — Senator Mehrlein verweist auf die Richtlinien des Reiches. Danach hätten die Polizeioffiziere das Recht, daß in bezug auf Besoldung und Titel nach den Reichsrichtlinien verfahren werde. Sklavisch nachzuahmen brauchten die Länder diese Reichsvorschriften allerdings nicht. Uebrigens seien von den 13 Polizeioffizieren 9 aus dem Unteroffiziersstand hervorgegangen. — Eckholdt (Dem.): Wir lehnen die Vorlage ab, weil die Personallasten finanziell eine gefahrdrohende Lage für unseren Staat schaffen. Wenn der Zuschuß des Reiches aufhört, muß Lübeck alle Kosten selbst tragen. — Der Senatsantrag wird abgelehnt.

Steuerfragen.

Grund und Aufwertungssteuer. (Ausschußbericht.)

Die Senatsvorlage wurde s. z. dem Haushaltsausschuß überwiesen, dessen Vorsitzender Haut einen gedruckt vorliegenden Bericht herausgab, in dem auch die Abänderungsanträge von Dietrich und Gen. behandelt werden. Im Plenum versucht Dr. Geister als Sprecher der Grundeigentümerfraktion erneut wesentliche Bestimmungen der Senatsvorlage zu ändern. Er fordert u. a. Herabsetzung der Steuer von 7 auf 3½ pro Tausend und 5 Jahre Steuerfreiheit für Grundstücke, die aus privaten Mitteln erbaut wurden.

Haut (Soz.) bemerkt, die Haus- und Grundbesitzer würden heute die gleiche Stellung einnehmen wie bei der Beratung des Haushaltsplans und versuchten sich Mühe zu geben, das ganze Gesetz zu sabotieren. Wenn Herr Dr. Geister behaupte, eine Bewilligung des Gesetzes auf nur ein Vierteljahr bringe keine Verzögerung der Bauten, dann habe er keine Ahnung von der ganzen Gesetzesmaterie. Auch die Völkischen seien damals auf seiten der Hausbesitzer gewesen. Hätte mehr Treu und Glauben geherrscht, dann wäre die Geltungsdauer des Gesetzes auf ein halbes Jahr verlängert worden und es wäre möglich gewesen, sofort 750 000 Mark für Bauten zur Verfügung zu stellen. Die Behauptung des Herrn Dr. Geister, daß durch die Verzögerung der Verabschiedung des Gesetzes keine Schädigung der Bauvorhaben eintritt, trifft nicht zu. Im Gegenteil, jedes Bauvorhaben wird unmöglich. Bei der entscheidenden Abstimmung hatten auch die Kommunisten versagt. Die Finanzbehörde hat zur Errichtung der 400 Wohnungen keine Deckung, die 6½ Millionen, die den Haushaltsplan decken sollen, hängen in der Luft. So kann die Finanzbehörde nicht arbeiten. Den Siedlern sind ja 4000 Mark Beihilfe in Aussicht gestellt, 62 von ihnen haben sich in Erwartung dieser Summe anderweitig Geld besorgt. Ginge es nach den Haus- und Grundbesitzern, würden sie keinen Pfennig erhalten. Das ist nichts anderes als Sabotage des Wohnungsbaues. Das Gebaren der Hausbesitzer wird erst richtig erhellt, wenn man bedenkt, daß in Lübeck noch 2900 Wohnungsgesuche vorliegen, während höchstens 360—370 Wohnungen hergestellt werden. Das sind

noch nicht einmal so viel, als im Frieden normalerweise hergestellt wurden. Für die 2900 Wohnungsuchenden besteht keine Aussicht, Wohnungen zu erhalten, wenn die Hausbesitzer von ihrer Taktik nicht ablassen. Der Haushaltsausschuß ist den Hausbesitzern soweit als möglich entgegengekommen und sie äußerten am Schlusse der Sitzung keine erheblichen Bedenken mehr. Es handelt sich hier um einen Kompromiß. Wir bedauern am meisten die rigorose Kopfsteuer, aber es gibt heute keinen anderen Ausweg, wenn wir den Staat finanziell aufrechterhalten wollen.

Dr. Geister (Hausbes.) verkennt die finanziellen Schwierigkeiten des Staates nicht. Wenn diese Steuer nur im Interesse des Wohnungsbaues verwandt würde, könnte man für zustimmen. (Zuruf Haut: Das haben wir s. z. gefordert. Sie aber stimmten dagegen!) — Senator Henze: Was Herr Haut ausgeführt hat, ist durchaus richtig. Wir brauchen die Mittel zu zweierlei Zwecken. Wenn dem Antrag der Hausbesitzer stattgegeben wird, muß der Wohnungsbau stillgelegt werden. Das kann die Bürgerschaft nicht verantworten. Die 1½ Millionen sind notwendig, weil sie im Vorwege schon an Private, Baugesellschaften und -Genossenschaften versprochen sind. Eine nachträgliche ratenweise Verteilung geht nicht an. Wir müssen das Geld für ein ganzes Jahr haben. Die schönste Zeit für den Wohnungsbau vergeht so schon durch die Beratungen.

Die weitere Debatte geht u. a. um die Zusammenlegung mehrerer Grundstücke zu einem zusammengefaßten Steuerobjekt, wogegen sich die Hausbesitzer wehren, ferner um die Neufestsetzung resp. nach einem Antrag Wandke (Dem.): Anträge auf Ermäßigung der Aufwertungssteuer auch weiterhin stellen zu können. Sie müssen für das laufende Steuerjahr aber spätestens bis zu dessen Ablauf gestellt sein. Sowohl von Haut (Soz.) wie vom Senatstisch wird den Anträgen mit dem Hinweis widersprochen, daß das Gesetz ja doch nur bis zum 31. März 1926 Gültigkeit habe. Schließlich erklärt die sozialdemokratische Fraktion im Interesse der Annahme des Gesetzes, dem Antrag Wandke zustimmen zu wollen.

Die Senatsvorlage wird mit den Abänderungen des Haushaltsausschusses und dem Antrag Wandke mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Hausbesitzer und Kommunisten stimmen dagegen.

*

Verlegung der Pulverbrücke bei der Teerhofinsel. — Wandke (Dem.) bittet nachzuprüfen, ob verschiedene Brücken für Lastkraftwagen freigegeben werden können. Die Tragfähigkeit der Brücken müsse geprüft und die Brücken evtl. verstärkt werden. — Der Senatsantrag wird angenommen, ebenso der Antrag Wandke.

Verkauf von Bauplätzen an der Schönböckenerstraße. — Schetelig (DN.) empfiehlt eine Verbreiterung der Straßenbahn in dieser Straße. — Rosenquist (DN.) fordert Bekanntgabe der Preise. — Senator Henze bittet, von diesem Wunsche Abstand zu nehmen, da sie sich ständig ändern. Bei den in Betracht kommenden Grundstücken wurde 8, in einem Fall 6 Mark pro Quadratmeter gefordert. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

Beteiligung Lübecks an dem Schiffsbau-Darlehnsfonds. — Klann (Komm.) wendet sich in längeren Ausführungen gegen den Antrag, Werften und Reedereien hätten genug verdient. Es sei keine Gewähr vorhanden, daß die 240 000 Mark richtig verwandt würden. Bei der Abstimmung bezweifeln die Kommunisten die Beschlußfähigkeit des Hauses. Auf den nächsten Montag wird eine neue Sitzung einberufen.

Wahlen in die Behörden.

Als Mitglied der Finanzbehörde wurde an Stelle des zum Senator gewählten Dreger Dr. Pieth (Soz.) gewählt, als Mitglied der Oberschulbehörde für den gleichfalls in den Senat gewählten Heimsohn Dr. Ihde, als Mitglied der Behörde für Lauerhof wurde Otto Albers wiedergewählt, als Mitglied des Verwaltungsgerichts für Dreger Schlosser (Grundeis.) in den Verwaltungsrat der Städtischen Betriebe für Dreger Josef Martin (Soz.), in die Rechnungsbehörde für Dreger Alfred Wehn (Soz.), und als Mitglied der Feuerlöschbehörde in der Stichwahl mit Schröder (Soz.) Rosenquist jr. Die Kommunisten stimmten in der Stichwahl wieder für Roß.

Die „dreijährigen" Grundschüler.

Es wird von allgemeinem Interesse sein, zu erfahren, wie sich der vielbesprochene Uebergang der Schüler, die nach dreijährigem Besuch der Grundschule in die gehobenen Schulen übertreten sollen, tatsächlich vollzogen hat.

Gemeldet waren 260 Kinder, darunter 135 Knaben, 125 Mädchen. Nachdem der Prüfungsausschuß die Urteile der Grundschulen und die Ergebnisse der Testprüfung verglichen hatte, hat der Schulrat mit den in Frage kommenden Grundschullehrern Rücksprache genommen und insbesondere alle Fälle, in denen die beiden Ergebnisse nicht übereinstimmten, persönlich nachgeprüft. Die Leiter der aufnehmenden Schulen haben mit ihm die Anträge durchgesprochen und durchweg die Ablehnungen als berechtigt anerkannt; darauf hat der Ausschuß 85 Knaben und 77 Mädchen als besonders leistungsfähig anerkannt, bei 50 Knaben und 48 Mädchen das Verbleiben in der Grundschule für besser gehalten. Von maßgebender Bedeutung bei der Auswahl mußte das Urteil der Grundschule sein.

Die Ziffern für die einzelnen Schulen sind — die Zurückgewiesenen stehen in Klammern —: Katharineum 19 (4), Johanneum 28 (11), Oberrealschule 15 (14), Realschule 4 (2), Erste Knaben-Mittelschule 6 (10), St.-Lorenz-Knaben-Mittelschule 9 (7), gehobene Klassen im Eingemeindungsgebiet 0 (2); für die Mädchenschulen: Ernestinenschule 39 (17), Lyzeum 18 (13), St.-Lorenz-Mädchen-Mittelschule 7 (10), Erste und Dritte Mädchen-Mittelschule 9 (3), gehobene Klassen 4 (5).

Entsprechend den von der Oberschulbehörde festgelegten Richtlinien werden daraus fünf Sammelklassen gebildet, eine mit Latein, vier mit Englisch. Von diesen wird die erstere mit den Sextanern des Katharineums zusammen unterrichtet werden; in der zweiten werden die für Johanneum und Realschule Gemeldeten zusammengefaßt, und sie wird dem Direktor des Johanneums unterstellt; in der dritten die für die Oberrealschule und die Mittelschulen Gemeldeten unter der Leitung des stellvertretenden Direktors der Oberrealschule; in der vierten die zukünftigen Schülerinnen der Ernestinenschule unter der Leitung von deren Direktor; in der fünften die des Lyzeums mit den zukünftigen Mittelschülerinnen unter der Leitung der Direktorin des Lyzeums.

Der Unterricht in den fremden Sprachen wird in der ersten und in den beiden letzten Klassen sofort aufgenommen werden können, in der zweiten und dritten voraussichtlich nach den großen Ferien. Bis dahin werden diese vorläufigen Unterricht im Rechnen und Deutschschreiben und der deutschen Sprachlehre erhalten. Da es sich um besonders leistungsfähige Schüler handelt, ist anzunehmen, daß sie in der verkürzten — bis Ostern n. J. — Zeit das Ziel der sechsten Klasse erreichen werden. Die Vereinigung der zukünftigen Mittelschüler mit denen einer höheren Schule ist wirtschaftlich geboten; sie kostet zwei Klassen; und da sie nach den gleichen Grundsätzen ausgewählt sind, so werden sie auch dasselbe leisten können, während es ihnen nichts schaden wird, wenn sie etwas weiter kommen als ihre vierjährigen Kameraden. Alle aber können sie nunmehr auf einen Unterricht rechnen, der ihren Bedürfnissen viel besser angepaßt ist, als wenn man sie mit den „Vierjährigen" vereinigt hätte, die seit Ostern schon fremde Sprachen treiben. Natürlich ist bei jedem Uebergang der Vorbehalt gemacht, daß die Schüler zur Grundschule zurückkehren, wenn sie nicht mitkommen können.

Einige Bemerkungen noch zu dem Gesamtergebnis:

Die letzten Klassen der höheren Schulen zählen — aus „Vierjährigen" und Sitzenbleibern — 290 Knaben und 216 Mädchen; dabei ist die letzte Zahl ein Ausnahmezustand, da in den letzten Mädchenklassen zu den Neuaufgenommenen und Sitzenbleibern etwa 160 hinzukommen, die 1924 zum letztenmal in eine höhere Klasse aufgenommen sind; die Gesamtzahl von 273 Mädchen bedeutet eigentlich einen doppelten Jahrgang. In den letzten Klassen der Mittelschulen stehen 179 Knaben (4 Klassen) und 165 Mädchen (4 Klassen). Die untersten Klassen der gehobenen Schulen umfassen demnach insgesamt 751 Kinder. Die Gesamtzahl der nach dreijährigem Schulbesuch vorzeitig aus der Grundschule Ausscheidenden beträgt 132 (siehe oben), also rund ein Fünftel des Gesamtbestandes der untersten Klassen der gehobenen Schulen.

Einen zweiten Hinweis machen die Ansichten über den Besuch des Katharineums nötig, wie sie verschiedentlich vorgetragen worden sind. Jetzt, wo ein voller Jahrgang aufgenommen worden ist (die „Vierjährigen" von 1921 und die „Dreijährigen" von 1922), zeigt sich, daß die Gesamtzahl von 26 kaum hinter der von 1924 (31) zurücksteht. Sie muß auch etwas kleiner sein, weil die Sitzenbleiber von 1925 sich aus 31, die von 1924 sich aus 66 Schülern rekrutierten. Der Rückgang der Sexten im Katharineum setzt mit dem Aufhören der Vorschule ein, und erreicht noch immer nicht entfernt die Zahlen, die sich für die Lateinschulen in Bremen und Hamburg ergeben. Nach dem Hamburger Vorgang müßten wir 9, wenn wir die deutschen Oberschüler des Wilhelmsgymnasiums abziehen, 6 Sextaner im Katharineum haben; unsere Lateinschule ist also immer noch drei- bis viermal so stark besucht.

Interessant ist es auch, das Verhältnis der Aufgenommenen und Abgewiesenen bei den verschiedenen Schulen und Schularten zu vergleichen; ebenso das Verhältnis der „Vierjährigen" und der „Dreijährigen" — doch mußte ich mich hier mit dem Hinweis darauf begnügen.

Dr. Schwarz.

Partei-Nachrichten

Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Sekretariat: Johannisstr. 48 I. Telephon 2448

Sprechstunden: 11—1 Uhr und 4—7 Uhr, Samstags nachmittags geschlossen

8. Distr. 42. Bez. Dienstag, d. 9. 6. abends 8 Uhr bei Diedrichsen, Krempelsdorfer Allee, Versammlung der tätigen Genossen.

Küchnitz. Mittwoch, den 10. Juni, abends 7½ Uhr, bei Dieckelmann Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Denker.

Vorwerk. Mittwoch, 10. Juni, abends 7½ Uhr: Mitgliederversammlung bei Sommerfeld.

Schlutup. Mittwoch, d. 10. d. M. abends 8 Uhr bei Saborowski Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Frost.

SPD.-Metallarbeiter! Am Mittwoch, dem 10. Juni, abends 7½ Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der SPD.-Metallarbeiter statt.

Es ist die Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Partei- und Verbandsbuch sind vorzuzeigen.

Der Fraktionsvorstand.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Achtung, Jungsozialisten! Am Dienstag abend spricht Karl Albrecht über das Thema: „Jüngste Arbeiterdichtung". Wir ersuchen um zahlreiches Erscheinen. Beginn des Vortrags 8 Uhr im Heim, Schule Langer Lohberg. Der Vorst.

Arbeiter-Liederbuch für Massengesang. Preis 10 Pfg. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Lübecker Volksbote".

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bureau: Johannisstraße 48 II.

Geöffnet von 5 bis 7 Uhr nachmittags

Spielleute. Am Mittwoch, dem 10. 6. 25, abends 8 Uhr, Ueben im G.-H. Instrumente abliefern. Daniel.

Jugendabteilung: Zug- und Gruppenführer Mittwoch 7³⁰ Uhr, Gewerkschaftshaus. Blanke.

Achtung, Kameraden! Reichsbannermützen, Mützenabzeichen, Bundesnadeln und andere republikanische Abzeichen sind nur bei dem Kameraden Ziehe, Moislingerstraße 9, zu haben. Der Vorstand.

Gewerkschaftliche Mitteilungen.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände des A.D.G.B. Am Dienstag, dem 9. d. M., abends 7½ Uhr findet eine Vollversammlung der Vorstände des A.D.G.B., Ortsausschuß Lübeck, statt. Wir bitten, diesen Tag von anderen Veranstaltungen freizuhalten.

Der Vorstand des A.D.G.B. Dreger.

Achtung, Maurer (Feuerungsmaurer)! Ueber die Ofenarbeiten auf der Plattenfabrik Villeroy u. Boch ist wegen Lohndifferenzen die Sperre verhängt. Kein Maurer darf dort in Arbeit treten. Der Vorstand.

Achtung, Fabrikarbeiter! Die Belegschaft der Firma Villeroy & Boch-Täuschburg ist wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten. Zuzug ist fernzuhalten.

Verband der Fabrikarbeiter.

Achtung, Fabrikarbeiter! Die Belegschaften der drei Ziegeleien Buntekuh, Rothebeck und Stockelsdorf sind wegen Lohndifferenzen in Streik getreten. Zuzug ist fernzuhalten.

Verband der Fabrikarbeiter.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Dienstag: „Im weißen Rößl". Mittwoch zum letzten Male der Einakterabend: Die „Divette" in der „Hand" tanzt diesmal Fräulein Gloira Gläser. Donnerstag „Figaros Hochzeit."

Hansatheater. Heute Dienstag und morgen Mittwoch finden die zwei letzten Aufführungen der Operette „Das Weib im Purpur" statt. Donnerstag abends 8 Uhr Premiere der modernen Schlageroperette „Marietta". Die Operette geht in vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen und Kostümen in Szene.

Angrenzende Gebiete

Provinz Lübeck

K. **Schlutup.** Das Trommler- und Pfeiferkorps veranstaltete am Sonnabend abend einen Fackelzug. Schon lange vor Beginn stand die Bevölkerung vor dem Abmarschlokal, um sich das imposante Schauspiel anzusehen. Punkt 9³⁰ Uhr setzte sich der aus 300—400 Mann bestehende Zug in Bewegung. Umsäumt von vielen Hunderten von Zuschauern bewegte sich der Zug durch die Hauptstraßen des Ortes. Ein Beweis, daß die Schlutuper Arbeiterschaft freudig dem Rufe gefolgt ist. Leider

Wann kann Amundsen zu Fuß zurückkehren?

Der „Voss. Ztg." wird aus Oslo geschrieben:

Die Hoffnung, daß Amundsen auf dem Luftwege zurückkehren werde, muß leider als endgültig aufgegeben betrachtet werden. Die Nachrichten aus Spitzbergen besagen, daß seine dortigen Kameraden ihn auch nicht mehr zurückerwarten und nur noch die Hoffnung hegen, daß die Mitglieder der Fliegerexpedition zu Fuß zur Menschheit zurückfinden, entweder im Herbst dieses Jahres oder vielleicht auch erst nach einer langen Winternacht im nächsten Jahre. Denn an die Möglichkeit, daß die kühnen Forscher selbst verunglückt sein könnten, glaubt hier niemand. Allgemein nimmt man an, daß die Flugmaschinen beim Landen beschädigt sind, so daß sie für den Weiterflug nicht mehr brauchbar waren. Aber daß den Fliegern selbst etwas zugestoßen sein könnte, das zu glauben, verbietet der Optimismus ihrer Landsleute.

Wenn man die Möglichkeiten überdenkt, die sich den Polarfahrern bieten, so ergibt sich die Wahrscheinlichkeit, daß sie den Versuch machen werden, nach Kap Columbia zu wandern. Vorausgesetzt, daß das Terrain Geschwindigkeiten von etwa 20 Kilometern pro Tag zuläßt, könnte man annehmen, daß Amundsen und seine Begleiter in etwa fünf Wochen dort ankommen. Peary behauptete seinerzeit, er hätte den Marsch hin und zurück in nur 53 Tagen bewältigt. Aber gerade diese für Polarverhältnisse unglaublich erscheinende Geschwindigkeit war ein wesentliches Argument für die Zweifler, die noch heute erklären, daß auch Peary nicht am Nordpol gewesen ist, ebenso wenig wie der Schwindel-Cook. Wenn die Polflieger auf diesem Wege weiterkommen, so besteht keine Gefahr, daß sie Hunger leiden müssen. Der mitgenommene Proviant ist darauf berechnet, daß er für diese Strecke ausreicht. Und am Kap Columbia hat Kapitän Godfred Hansen im Jahre 1920 ein Depot von Nahrungsmitteln und Munition errichtet, durch das die Expedition jeder weiteren Sorge überhoben werden würde. Ein gleiches Depot befindet sich seit vier Jahren bei dem Fort Conger, so daß anzunehmen ist, daß die Forscher diesen Weg einschlagen werden. Wenn sie durch nach der Westküste Grönlands marschieren, so können Nachrichten von ihnen bereits im Herbst dieses Jahres erwartet werden. Andernfalls müssen wir uns bis zum nächsten Jahre gedulden.

Man darf sich nicht etwa vorstellen, daß eine solche Wanderung durch die Arktis nach einem bestimmten Plan in vorausberechneten Tagesmärschen und in gerader Richtung vor sich gehen kann. Man weiß nicht, wie das Eis beschaffen ist, man kann nicht vorher bestimmen, wie weit das Eis treibt, und endlich fehlt uns jede Kenntnis davon, wo die Wanderer an offenes Wasser kommen und wie stark dort die Strömung ist. Natürlich ist die Expedition auf alle diese Möglichkeiten vorbereitet, so gut es nur verhältnismäßig primitiven Mitteln möglich war. Zur Ueberschreitung des Meeres haben die tapferen Männer z. B. nur drei Faltboote, deren Segeltuchfläche natürlich nicht dem gewaltigen Eisdruck widerstehen könnte. Und ihre ganze Habe müssen sie selbst auf Schlitten mit schleppen, da sie keine Hunde bei sich haben.

Gelegentlich hört man den Vorwurf, daß Amundsen es nicht hätte unterlassen dürfen, einen drahtlosen Telephonapparat mitzunehmen. Die Sachverständigen auf diesem Gebiet sind anderer Ansicht. Amundsen hätte mit dem drahtlosen Telephon vom Pol aus höchstens keine Zeichen geben können. Denn die Reichweite eines solchen transportablen Sendeapparates ist leider zu gering. Und mit der Frage der Sendemöglichkeit stand und fiel die Frage, ob der Apparat nützlich oder überflüssiger Ballast wäre. Dazu kommt, daß die Reichweite dieser Apparate durch das Tageslicht noch weiter eingeschränkt wird. Da aber die Polflieger auf Monate hinaus mit keiner einzigen Nacht zu rechnen haben, konnte ihnen also die notwendige Dunkelheit nicht zu Hilfe kommen, um eventuelle Hilferufe drahtlos weiterzugeben.

Der Bund mit dem Wasser.

Leibesübungen sind ernste Notwendigkeiten gerade in jetziger Zeit. Sie sind eine Lebensfrage für die arbeitende Bevölkerung. Von allen Sportarten kann das Schwimmen als die gesunderste Leibesübung genannt werden. Keine andere gibt in so ausgiebiger Weise die Möglichkeit, die Gesundung und Kräftigung des menschlichen Körpers, die Durchbildung der inneren und äußeren Organe, die Erhaltung der Jugendfrische zu erzielen wie gerade das Schwimmen. Deshalb ist es doppelt notwendig, daß alle Menschen die Bedeutung und den hohen Wert des Schwimmens erkennen lernen. Das Bad reinigt den Körper, stärkt die Muskeln und Nerven, befördert die Ausdünstung, macht die Säfte flüssig und hält sie im Ebenmaße, treibt die gefährlichen Symptome der Krankheiten von innen nach außen und macht durch alles dieses den Menschen menschlicher und gesünder, tätiger und munterer. Das Schwimmen schützt vor der Gefahr des Ertrinkens und gibt die Möglichkeit, Menschenleben aus dieser Gefahr zu retten. Das Schwimmen hat in der Tat in gesundheitlicher, praktischer und sittlicher Hinsicht eine hohe Bedeutung und bietet eine Summe reinen Genusses als gymnastische Uebung. Die Vergrößerung der Lungenkapazität, die Rettung aus Lebensgefahr, die Pflege der Haut und Muskulatur zur Reinigung und Stärkung sind wesentliche Vorteile des Schwimmens. Entwicklung des Mutes und der Entschlossenheit, Willensstärke und Selbständigkeit, Selbstvertrauen sind weitere Erfolge, die aus dem Betrieb der Schwimmkunst entspringen. Jeder Mensch soll daher Schwimmer sein und die Schwimmkunst regelmäßig ausüben. Besonders die arbeitende Bevölkerung hat alle Ursache, trotz der schweren wirtschaftlichen Nöte, auch in dieser Hinsicht nicht das Notwendigste zu vergessen, denn nur der mag die Bürde und die Last des Lebens zu ertragen, der gesund an Körper und Geist ist. Der Kampf um die Volksgesundheit ist ein Teil des proletarischen Kampfes überhaupt. Es sollen sich überall da, wo Badegelegenheit und Schwimmgelegenheit vorhanden ist, Interessenten zu Vereinen zusammenschließen, um in erster und freudiger Arbeit zum Besten der Gesundheit unserer Volksgenossen zu wirken. Die Schwimmkunst zu erlernen, ist nicht schwer, ob jung oder alt, bei dem nötigen Willen kann man auch hier noch in hohem Alter die besten Erfolge erzielen. Hat man erst die Vorzüge des Schwimmens erkannt und am eigenen Leibe verspürt, dann wird man ein fester Anhänger dieser so gesundheitsfördernden Leibesübung bleiben; denn nur Gesundheit bringt Glück und Freude am Leben.

Für die Lübecker Arbeiterschaft und deren Angehörigen ist die Möglichkeit gegeben, im „Freien Wassersportverein" das Schwimmen zu erlernen und gleichzeitig diese gesunde Leibesübung bis zur Vollkommenheit zu pflegen.

stehen noch viele abseits. Diesen sei ans Herz gelegt, sich dem Arbeiter-Turnverein anzuschließen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Eutin. Die Mitglieder des Landesausschusses werden auf Freitag, den 12. d. Mts. nachmittags 2 Uhr nach dem Regierungsgebäude in Eutin zu einer Sitzung zusammenberufen mit folgender Tagesordnung: 1. Eingänge. 2. Unterbringung der Erwerbslosen für den Bezirk Eutin. 3. Feststellung der Kompetenzen des Herrn Vorsitzenden des Landesvorstandes gegenüber dem Landesvorstand. 4. Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung des Landesausschusses. 5. Wahl von Mitgliedern für das Verwaltungsgericht.

Mecklenburg

Wismar. Gautreffen in Wismar. Am 20. und 21. Juni findet in Wismar eine große republikanische Kundgebung statt. Unser Gau hält an diesen Tage in Wismars Mauern sein erstes diesjähriges Gautreffen. Gleichzeitig wird die Weihe der Fahne des Ortsvereins Wismar vorgenommen. Am Vorabend ist Fackelzug und Kommers. Sonntag vormittag Wecken und Empfang der Gäste, nachmittags Fahnenweihe auf dem Marktplatz. Nachdem gehts durch die Stadt zu dem nahe gelegenen Seebad Wendorf. Abends finden in verschiedenen Sälen der Stadt Festbälle statt. Namhafte Redner sind für diese Veranstaltungen festgelegt. An alle Kameraden des Gaues geht der Ruf, sich nach Möglichkeit an der Veranstaltung in Wismar zu beteiligen, damit eine wuchtige Kundgebung zustande kommt. Alle Anschriften sind an den Kameraden W. Waterstradt, Wismar, Pölerstr. 12 zu richten. Die Gauleitung: J. A.: H. Janzen.

Hansestädte

Cuxhaven. Vier Personen beim Wattenlaufen ertrunken. Der schöne Sonntag brachte eine außerordentlich große Menge von Ausflüglern hierher, die an dem weitausgedehnten Strande volles Genüge fanden. Leider forderte das unvorsichtige Wattenlaufen auch seine Opfer. Vier Personen, die sich bei der Kugelbake zu weit hinausgewagt hatten, wurden von der Flut überrascht und konnten nicht zurückkommen. Der Strom hatte sie in das tiefe Wasser gerissen.

Vermischtes.

Frauenmord auf Berliner Laubengelände. Auf dem Laubengelände Niederschönhausen wurde Sonntag vormittag in einer gewaltsam geöffneten Laube eine etwa 25jährige Frau, anscheinend eine Landarbeiterin oder Schnitterin, tot aufgefunden. Das Gesicht war mit einem weißen Tischtuch verhüllt. Die Tote hatte eine Schußwunde an der linken Schläfe. Neben der Toten lag eine Pistole, woraus nur ein Schuß abgegeben war. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um einen Mord.

Zum Massenmord bei Koburg. Die furchtbare Mordtat des Korbmachers Brückner, der neun Personen umbrachte, hat in der ganzen Umgebung ungeheure Aufregung hervorgerufen. Der Täter galt als ein durchaus normaler Mensch, der sich auch am Vereinsleben rege beteiligte. Nach dem Morde hatte der Mörder einen Zettel folgenden Inhalts auf den Tisch gelegt: „Rache zur Tat, daß mein Schwager Hugo beim letzten Schlachtfest mit seiner Schwester Blutschande getrieben hat." Die Schwester war die zweite Frau Brückners, die von ihm getrennt lebte.

Verhafteter Mörder. Zu dem am Sonnabend gemeldeten Mord in Kolberg ist mitzuteilen, daß es der Kolberger Kriminalpolizei bereits 24 Stunden nach der Tat gelungen ist, den Mörder der 23jährigen Ruth Mieske zu verhaften. Es handelt sich um den 21jährigen Schneider Willi Stahnke aus Flackenheide bei Neustettin. Die Polizei fand bei der Ermordeten einen Brief Stahnkes, der zu seiner Verhaftung führte. Bei der Gegenüberstellung mit der Leiche gestand der Mörder die Tat ein. Er behauptete, er habe aus unglücklicher Liebe gehandelt.

Ueber 300 Hitzeopfer in Amerika. Die Hitzewelle hat bereits 314 Opfer an Menschenleben in allen Teilen des Landes gefordert. Durch die Wetterbureaus wird für die nächsten Tage ein Nachlassen der außerordentlichen Hitze vorausgesagt. Einer Nachricht aus Wray (Colorado) zufolge, wurden durch einen tornadoartigen Sturm über 100 Gebäude vernichtet und 20 Personen in einem Gebiet von 25 Quadratmeilen getötet. Nach neueren Meldungen aus Neuyork ging ein schweres Gewitter nieder, das eine leichte Milderung brachte, aber 24 Menschen das Leben kostete. Die Zahl der Opfer, die direkt oder indirekt der Hitze zuzuschreiben sind, sollen sich in Neuyork allein auf 300 erhöht haben. Aus Philadelphia werden für die letzten 24 Stunden 60 Todesfälle gemeldet. Im ganzen Land starben bisher 600 an den Folgen eines Hitzschlages. Eine halbe Million Menschen wurden in Conney Island gezählt, die der Hitzwelle entgehen wollten. Auf dem übrigen Strande rund um Neuyork zählte man ungefähr eine Million Flüchtlinge. 17 Menschen wurden im Laufe des Tages hier als ertrunken gemeldet.

Ein Theaterskandal in Berlin. Zu einem unerhörten Theaterskandal kam es im Lessing-Theater zu Berlin. Die „Junge Bühne" hatte zur Uraufführung von Bronnens „Exzesse" geladen. Während der Aufführung wurde bei verschiedenen Stellen von einem Teil des Publikums gejohlt und gepfiffen. Nach Fallen des Vorhanges kam es zu heftigen Szenen. Der größte Teil des Publikums applaudierte, während ein anderer Teil durch Pfiffe und Lärm seine Mißachtung zum Ausdruck bringen wollte. Hierbei rief der Schauspieler Morgan den Namen eines der Hauptschreier öffentlich ins Gebäude. Da der Hauptlärmmacher nicht ruhig wurde, bahnte sich der Vorsitzende der „Jungen Bühne", Dr. Seeler, einen Weg durch die Tumultanten und verabreichte dem Krakeeler ein paar kräftige Ohrfeigen. Der gestrafte Ruhestörer war ein Angestellter des Lessing-Theaters, nämlich der Regisseur der Direktion Rotter, Dr. Oskar Kanehl. Nach dieser erfreulichen Abfuhr konnte Bronnen über einen Riesenerfolg quittieren.

Vier Knaben beim „Häuserbauen" verunglückt. In Eckenzell bei Ingolstadt vergnügten sich fünf Knaben in einer Sandgrube damit, Häuser zu bauen. Plötzlich eilte einer der Jungen nach Hause und erzählte, daß das Haus eingefallen sei. Erst nach eindringlichem Befragen kam man der Wahrheit auf den Grund und fand die Ahnung von einem schweren Unglück bestätigt. Beim Nachgraben in der eingestürzten Sandgrube konnte man die vier Spielkameraden nur noch als Leichen bergen. Unter den Opfern befinden sich zwei Brüder.

Die brotlose Kunst des Dichtens. Mit einer eigenartigen Begründung wurde die Verurteilung des Schriftstellers Abraham Stenzel wegen Preßvergehens zu drei Monaten Gefängnis vom Amtsgericht Wedding versehen. Stenzel war ohne Paß aus seiner Heimat Polen nach Deutschland gekommen, weil er sich dem polnischen Militärdienst entziehen wollte. Einen Paß konnte er sich hier nicht verschaffen, weder als früherer russischer Staatsangehöriger noch als jetziger polnischer. So blieb er ohne Paß in Deutschland und wurde bei einer Streife abgefaßt. Er erhielt einen Strafbefehl über drei Monate Gefängnis. Diese Verfügung wurde vom Amtsrichter mit folgender Begründung bestätigt: „Der Angeklagte ist hier als Dichter tätig. Der preußische Staat und das Deutsche Reich haben ein großes Interesse daran, alle Ausländer an ihre Heimatländer abzuschieben, zumal, da es schon den Deutschen selbst schwer fällt, den Unterhalt für ihr Leben zu erwerben, insbesondere aber Leute derartiger brotloser Künste, ganz abgesehen davon, ob diese nicht etwa bolschewistische Propaganda oder ähnliches betreiben. Demnach war eine energische Bestrafung durchaus erforderlich."

Aushebung einer Londoner Falschgeldzentrale. Die Polizei hat in der Earl Court Road eine Falschmünzerwerkstatt entdeckt, die alle bisher ausgehobenen Zentralen ähnlichen Charakters in den Schatten stellen soll. Die Werkstatt enthielt die modernsten Apparate, Chemikalien, eigene Kabel, photographische Apparate, Stahlplatten, elektrische Aetzmaschinen, ultraviolette Laternen und eine vier Fuß tiefe Porzellanbadewanne mit Säuren. Die Fälscher, die Tag und Nacht arbeiteten, hatten die umfassendsten Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Den Bewohnern des Hauses gegenüber war die Werkstatt als photographisches Institut ausgegeben worden. Die Fälscher selbst wurden noch im letzten Augenblick vor dem polizeilichen Einschreiten gewarnt und konnten sich der Verhaftung entziehen. Die vorgefundenen Banknoten sollen eine Höchstleistung der modernen Fälscherkunst darstellen und nur Sachverständigen als Fälschungen erkennbar sein.

Hindenburgs Weinkeller. Einige Tage vor der Uebersiedelung des zum Reichspräsidenten gewählten Generalfeldmarschalls Hindenburg kam eine Persönlichkeit aus dessen Umgebung nach Berlin, um die künftigen Wohn- und Repräsentationsräume zu besichtigen. Nachdem der Abgesandte das Haus des Präsidenten durchwandelt hatte, fragte er nach dem Weinkeller. Man führte ihn in die unteren Regionen, aber entsetzt prallte der Abgesandte zurück. Der frühere Reichspräsident Ebert war zwar kein entschiedener Alkoholgegner, aber er beschränkte seinen Weinvorrat auf das bescheidene Maß, das er zur Erfüllung seiner Repräsentationspflichten zu benötigen glaubte. Hindenburgs Abgesandter aber erklärte, daß für die Weinvorräte des Feldmarschalls der bisherige Weinkeller nicht ausreiche, es müßte ein Erweiterungsbau vorgenommen werden. Es wird also im Präsidentenhause Hindenburg zahlreichere weinfrohe Stunden geben als im Präsidentenhause Ebert — die, wie wir uns einzuflechten gestatten, recht bescheiden waren. („Arb. Abstinent".)

Der deutsche Rundflug.

Die letzte Rundflugschleife.

Montag morgen sind 38 Flugmaschinen zur fünften (letzten) Schleife des deutschen Rundflugs aufgestiegen, die über Liegnitz, Breslau, Stettin, Stralsund und Rostock führt. Bei bestem Flugwetter vollzog sich der Start reibungslos, und außer einigen gut verlaufenen Notlandungen ereigneten sich auch auf der Strecke keine Zwischenfälle. Eine neue Glanzleistung vollbrachte der Pilot Bäumer, der sich gegen 12 Uhr 30 Minuten mittags bereits auf der Strecke Rostock—Berlin befand. Im Laufe des Sonntags trafen noch 11 Flugmaschinen von der vierten Schleife in Tempelhof ein. Bei den Kunstflügen stürzte der Pilot von Floten aus geringer Höhe ab und erlitt schwere, aber nicht lebensgefährliche Verletzungen.

Gewerkschaften

Die ethische Wertung der Arbeit.

Auf dem evangelisch-sozialen Kongreß in Halle hielt der badische Staatspräsident Hellpach einen Vortrag über die seelische Wirkung der Mechanisierung und Rationalisierung der Industriearbeit, der es verdient, schon um der Persönlichkeit des Vortragenden willen, etwas kritischer unter die Lupe genommen zu werden.

Es befremdet durchaus nicht, daß auf einem rein religiös eingestellten Kongreß der Vortragende in erster Linie die ethische Seite des Problems behandelte. Es befremdet auch durchaus nicht, daß der Vortragende erklärte, die Achtung und Selbstachtung der Arbeit enthalte auch gleichzeitig das stärkste antisozialistische Moment im bürgerlichen Leben. Der Vortragende scheint hierbei allerdings eins übersehen zu haben, daß der Sozialismus gerade auf der Wertschätzung der Arbeit beruht.

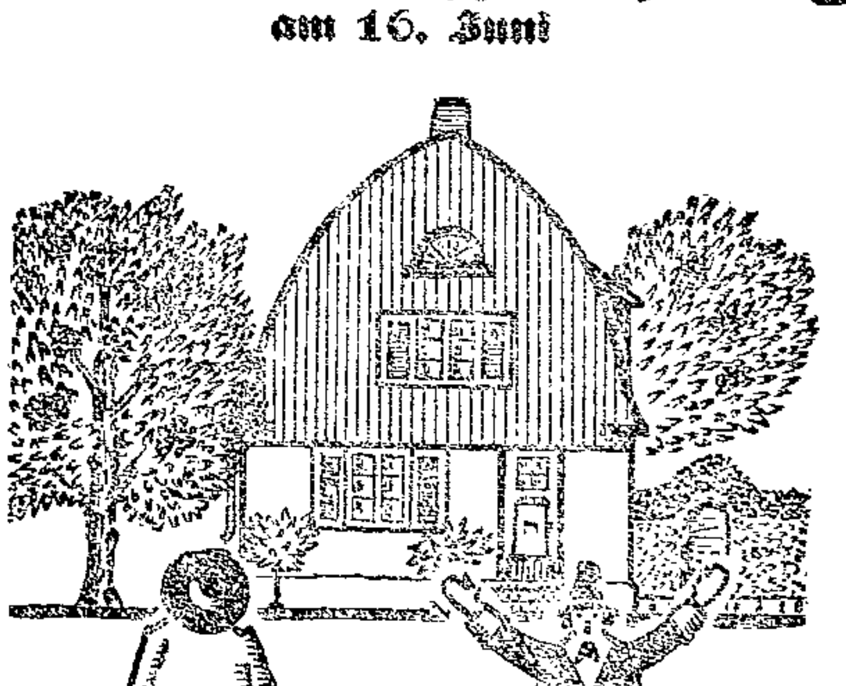
Wenn Hellpach in seinem Vortrag den Gewerkschaften den Vorwurf macht, daß ihre Bestrebungen auf zeitliche kurze und gut bezahlte Arbeit hinziele, so verkennt er den Tatbestand vollkommen. Die Gewerkschaften wissen, daß vom Lohn- und Zeitproblem die Einreihung der Arbeit in die Wirtschaft und in die Gesellschaft abhängt. Arbeit ist nun einmal nicht bloß der Arbeit wegen da, sondern sie ist dazu bestimmt, dem Menschen die Notwendigkeiten zu verschaffen, die erforderlich sind, um die Kulturinteressen zu wahren. Aus diesem Grund ist es Pflicht der Gewerkschaften, heute das Zeit- und Lohnproblem in den Brennpunkt ihrer Bestrebungen zu stellen.

Einsichtige Unternehmer haben dies selbst erkannt, wenngleich sie sich nicht von den Vorurteilen, die durch die kapitalistische Wirtschaft bedingt sind, frei machen konnten. Jedenfalls lösen die Gewerkschaften mit der Forderung des Zeit- und Lohnproblems nicht bloß ein rein wirtschaftliches Problem, sondern auch ein kulturelles Problem. Man kann nicht einfach den größten Teil des Volkes oder der Völker durch materielle Knechtung von den Segnungen der Kultur ausschließen. Die Naturschönheiten der Erde sind für alle Menschen da, und auch die Arbeiter haben das Bedürfnis und den berechtigten Wunsch, diese Naturschönheiten kennen zu lernen. Sind sie materiell so gestellt, daß sie sich das leisten können? Und wie mit dem Reisen, so ist es doch auch mit den anderen Kulturgütern. Es ist bedauerlich, daß Dr. Hellpach nicht erkennt, daß hier das Materielle und Ethische nicht bloß miteinander zusammenhängen, sondern auch zusammenfallen, daß beide Dinge nur verschiedene Seiten desselben Problems sind.

Schiedsspruch in der Eisenindustrie. Im Lohnstreit der Hochöfenbetriebe der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie wurde folgender Schiedsspruch gefällt: „Die Lohngrundlagen der in achtstündiger Schicht Arbeitenden (Tarif- oder Grundlohn Akkord- oder Prämiensätze) sind vom 1. Juni 1925 an in dem Maße verhältnismäßig zu erhöhen, wie eine Verkürzung der Arbeitszeit stattgefunden hat." Die Arbeitgebervertreter erklärten, daß sie den Schiedsspruch ablehnen.

Nach der Ziehung

am 16. Juni



Mensch, Hein,
wo hest Du denn
dat feine Hus her?

Dat hew ick
för en Reichsmark
in de Lübecker

Volkswohl-Lotterie

gewunnen

*

5000, 2000, 1000 Mark in bar, 12 Zimmer- und Kücheneinrichtungen

Arbeiter-Sport

Alle Zuschriften für diese Rubrik sind an den Sportgen. Max Gornehl, Gr. Gröpelgrube 32, nicht an die Redaktion des Lübecker Volksboten zu richten.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Lübeck. Achtung Jugendliche! Die Besichtigung der Konsumvereinsanlagen findet am Mittwoch, dem 10. Juni, statt. Treffpunkt 7 Uhr, Hansastraße 160. F. P.

S. V. Viktoria v. 1908. Zusammenkunft am Freitag, dem 12. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Westendorf, Fackenburger Allee 10 (Reichs-Arbeiter-Sportwoche). J. A.: Weigert.

Freie Sportvereinigung Lübeck. Am Mittwoch, dem 10. d. M., abends 8 Uhr, findet im Vereinslokal eine Versammlung der Frauenabteilung statt. Ich weise nochmals darauf hin, daß es Pflicht einer jeden Genossin ist, dort zu erscheinen.

J. A.: L. Lüth.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte

Die Wetterlage zeigt große Beständigkeit. Das Hochdruckgebiet hat sich noch weiter verstärkt und zeigt heute Kerne höchsten Luftdruckes von über 772 mm an der südlichen norwegischen Küste und über Schottland. Ausgesprochene Tiefdruckgebiete finden wir nur über dem Ozean und über dem Innern Rußlands, sonst beträgt der Luftdruck überall mindestens 760 mm.

Vorhersage für den 9. und 10. Juni 1925:

Fortdauer des herrschenden Wetters. Uebermorgen zunehmende Gewitterneigung.

Schiffsnachrichten

Lübeck-Linie A.-G.

Schiffsnachrichten. Dampfer „Wiborg", Kapt. Th. Schütze, ist am 6. Juni 3 Uhr nachmittags von Trangsund nach Lübeck abgegangen. — Dampfer „Sankt Jürgen", Kapt. Erich Boy, ist am 6. Juni 6 Uhr nachmittags von Reval nach Riga abgegangen und daselbst am 7. Juni abends 6 Uhr angekommen.

Angekommene Schiffe.

8. Juni.

Schwed. S. Sophia, Kapt. Johannson, von Söderhamm Holz, 6 Tage. Deutsch. S. Hanne Maria, Kapt. Schmidt, von Apenrade leer, 1 Tag. Deutsch. D. Bürgermeister Lafrenz, Kapt. Hammer, von Burgstaken Stückgüter, 4 Std. Schwed. S. Lillion, Kapt. Olsson, von Kopenhagen leer, 1 Tag. Deutsch. D. Otto Ippen 27, Kapt. Berndt, von Stettin Stückgüter, 4 Tage.

9. Juni.

Russ. D. Leningrad, Kapt. Kerkhoff, von Leningrad Holz, 4 Tage. Fin. D. Aegir, Kapt. Holmberg, von Helsingfors 17 Passagiere, Stückgüter, 2½ Tage. Deutsch. S. Johannes Carstens, Kapt. Groß, von Eckernförde leer, 1 Tag.

Abgegangene Schiffe.

8. Juni.

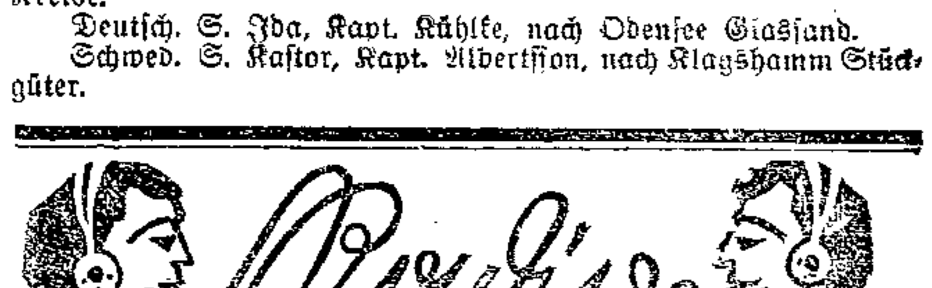
Schwed. S. Bertha, Kapt. Nielson, nach Malmö mit Salz. Deutsch. D. Bürgermeister Lafrenz, Kapt. Hammer, nach Burg mit Passagieren. Deutsch. D. Fehmarn, Kapt. Schwenn, nach Burg mit Stückgut. Schwed. D. Falken, Kapt. Svensson, nach Kopenhagen mit Stückg. Schwed. S. Elise, Kapt. Mansson, nach Gothenburg mit Gypssteinen. Deutsch. D. Franz, Kapt. Möller, nach Stepen leer. Schwed. D. Berglund, Kapt. Ecklund, nach Kopenhagen mit Stückg.

9. Juni.

Deutsch. D. Aldeboron, Kapt. Hillmann, nach Hernösand Kreide.

Deutsch. S. Ida, Kapt. Kühlke, nach Odensee Glassand.

Schwed. S. Kastor, Kapt. Albertsson, nach Klagshamm Stückgüter.



Rundfunk-Programm

Hamburger Sender — Wellenlänge 395 Meter

Mittwoch, 9. Juni.

5.45 Uhr vorm.: Uhrzeitzeichen. — 5.50 Uhr vorm.: Wetterfunk. — 6.30 Uhr vorm.: Landwirtschaftliche Meldungen. — 6.50 Uhr vorm.: Letzte Drahtmeldungen. 12.15 Uhr nachm.: Funkbörse der Norag. — 12.55 Uhr nachm.: Nauener Zeitzeichen. 1.10 Uhr nachm.: Schiffahrtsfunk. — 2.00 Uhr nachm.: Bremer Wetterbericht. — 2.05 Uhr nachm.: Hauskonzert der Bremer Norag. — 2.45 Uhr nachm.: Funkbörse der Norag. — 3.40 Uhr nachm.: Die Wirtschaft im Funk. Die Funkbörse der Norag. — 4.00 Uhr nachm.: Die Schiffahrt im Funk. — 4.15 Uhr nachm.: Jacques Offenbach. — 5.05 Uhr nachm.: Hamburg: Funkwerbung. — 5.55 Uhr nachm.: 2. Bremer Wetterbericht. — 6.00 Uhr abends: Funkheinzelmann. — 7.00 Uhr abends: Schule des Niederdeutschen. — 7.45 Uhr abends: Hamburger Frucht- und Gemüsemarkt. 8.00 Uhr abends: Heitere Opernmusik aus drei Jahrhunderten. — 10.00 Uhr abends: Sportbericht — Tanzfunk.

Arbeiter- und Berufs-Kleidung

solide Stoffe richtige Formen billige Preise

Tylla & v. Lühmann

Größtes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Kleidung

0808

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz. Für Freistaat Lübeck und Feuilleton: Hermann Bauer. Für Inserate: Carl Luickhardt. Verleger: Carl Luickhardt. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Amtlicher Teil

Der Senat hat den Rechtsanwalt Dr. Hans **Böhnicke** zum Amtsrichter ernannt und seinen Dienstantritt auf den 4. Mai 1925 festgesetzt. (9112

Versammlung der Bürgerschaft

am Montag, dem 15. Juni 1925, abends 6 Uhr, zur Verhandlung der in der Versammlung vom 8. Juni unerledigt gebliebenen Punkte der Tagesordnung. **Der Wortführer: Gustav Ehlers.**

Vorschriften

für die Durchführung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der im Bezirke der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte beschäftigten

Hausgewerbetreibenden

1. Die Invalidenversicherungspflicht nach § 1226 Reichsversicherungsordnung ist vom 1. Januar 1923 ab auch auf die Hausgewerbetreibenden ausgedehnt worden. Als Hausgewerbetreibende gelten solche selbständige Gewerbetreibende, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung von Gewerbetreibenden (Fabrikanten, Fabrikkaufleuten, Handelsleuten) oder von öffentlichen Verbänden, öffentlichen Körperschaften oder gemeinnützigen Unternehmungen mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden, und zwar auch dann, wenn diese Hausgewerbetreibenden die Roh- oder Hilfsstoffe selbst beschaffen. Sie unterliegen der Versicherungspflicht auch für die Zeit, in der sie vorübergehend für eigene Rechnung arbeiten, während solche Hausgewerbetreibenden, die überwiegend selbständig und nur gelegentlich für andere Gewerbetreibende für deren Rechnung arbeiten, versicherungsfrei sind.

2. Die Versicherung der Hausgewerbetreibenden erfolgt bei der Versicherungsanstalt, in deren Bezirk sich ihr Beschäftigungsort befindet, auch wenn der Auftraggeber seinen Wohn- oder Betriebssitz außerhalb dieses Bezirkes hat.

3. Die Lohnklasse, in der die Versicherung der Hausgewerbetreibenden und ihrer gewerblichen Hilfskräfte zu erfolgen hat, bestimmt sich nach dem Sechsfachen des Ortslohnes, wie er von dem für den Beschäftigungsort zuständigen Ortsversicherungsamt gemäß §§ 149, 150 Reichsversicherungsordnung festgesetzt ist. Für die Beitragshöhe ist also nicht der wirklich in jeder Woche wechselnde wirkliche Arbeitsverdienst maßgebend, sondern ein sich nach dem jeweiligen Ortslohn richtender Durchschnittsbetrag. Dies gilt auch für die Zeit, in der der Hausgewerbetreibende vorübergehend für eigene Rechnung arbeitet.

4. Die Beiträge für die Hausgewerbetreibenden und deren gewerblichen Hilfskräfte haben die Auftraggeber zu entrichten und zwar auch dann, wenn sie die Aufträge nicht unmittelbar, sondern durch Zwischenmeister an Hausgewerbetreibende vergeben. Sie gelten als Arbeitgeber im Sinne des § 1486 der Reichsversicherungsordnung und den Uebermachungsvorschriften der Landesversicherungsanstalt.

Der Auftraggeber kann, unbeschadet seiner Haftung für die Beiträge, seine gesetzlichen Pflichten Angestellten seines Betriebs oder Zwischenmeistern übertragen.

Auftraggeber oder deren Beauftragte, die es unterlassen, rechtzeitig für die von Ihnen beschäftigten Hausgewerbetreibenden und deren gewerblichen Hilfskräfte die richtigen Beitragsmarken zu verwenden, kann der Vorstand der Landesversicherungsanstalt gemäß § 1498 Reichsversicherungsordnung mit einer Ordnungsstrafe bis zu 1000 Reichsmark zu belegen.

5. Die Hausgewerbetreibenden haben die Quittungskarten für sich und ihre gewerblichen Hilfskräfte entweder beim Auftraggeber oder bei dem mit der Markenverwendung beauftragten Zwischenmeister zu hinterlegen oder bei jeder Abrechnung zum Einkleben der Beitragsmarken vorzulegen. Sie können hierzu gemäß § 1414 Reichsversicherungsordnung von der Ortspolizeibehörde durch Zwangsstrafen bis zu 1000 RM angehalten werden.

6. Die Beitragsleistung erfolgt in der Art, daß an jedem Abonnementstage (Lohnzahlung) soviel Beitragsmarken der maßgebenden Lohnklasse in die Quittungskarte des Hausgewerbetreibenden und deren Hilfskräfte geklebt werden, als der jeweils abgelaufene Abrechnungszeitraum volle oder angefangene Kalenderwochen umfaßt, sofern diese Wochen nicht schon anderweit mit Marken belegt sind.

Der Auftraggeber oder dessen Beauftragter hat das Recht, dem Hausgewerbetreibenden und dessen gewerblichen Hilfskräfte bei der Abrechnung (Lohnzahlung) die Hälfte der für die letzte und die vorhergehende Abrechnungsperiode fällig gewordenen Versicherungsbeiträge vom Lohn abzuziehen. Für Zeiten vorübergehender Beschäftigung auf eigene Rechnung hat der Hausgewerbetreibende den ganzen Versicherungsbeitrag aus eigenen Mitteln zu zahlen.

Die Beitragsmarken sind sofort nach dem Einkleben zu entwerten, indem mit Tinte, Tintenstift oder Stempelfarbe auf jede Marke in Ziffern der letzte Tag (Sonntag) desjenigen Zeitraumes vermerkt wird, für den die Marke gilt, z. B.: 5. 4. 25.

7. War der Hausgewerbetreibende während des Abrechnungszeitraumes für mehrere Auftraggeber oder eigene Rechnung und zugleich für einen oder mehrere Auftraggeber beschäftigt, so ist die dem Arbeitgeber zur Last fallende Hälfte der Beiträge für den Hausgewerbetreibenden und dessen gewerbliche Hilfskräfte, falls nicht ein anderes vereinbart ist, auf die sämtlichen beteiligten Auftraggeber und, soweit er für eigene Rechnung tätig war, auch auf den Hausgewerbetreibenden nach Verhältnis der für die Herstellung oder Bearbeitung der Waren erforderlich gewesenen oder für erforderlich zu erachtenden Zeit zu verteilen. Der Versicherungsanstalt gegenüber haftet jeder Auftraggeber für die vollen Wochenbeiträge als Gesamtschuldner.

8. Die Hausgewerbetreibenden sind verpflichtet, über die in ihrem Betriebe beschäftigten Hilfspersonen Verzeichnisse zu führen, aus denen sich insbesondere die Dauer der Beschäftigung ergibt. Sie haben diese Verzeichnisse den sie beschäftigenden Auftraggebern oder deren Bevollmächtigten sowie den Uebermachungsbeamten der Landesversicherungsanstalt auf Verlangen zur Prüfung vorzulegen. Das Versicherungsamt kann sie dazu gemäß § 1466 Abs. 3 Reichsversicherungsordnung durch Zwangsstrafen bis zu 1000 RM anhalten.

9. Streitigkeiten aus Anlaß vorstehender Bestimmungen werden gemäß §§ 1459, 1461 der Reichsversicherungsordnung entschieden.

10. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Juni 1925 in Kraft.

Lübeck, den 6. Mai 1925. (9096

Landesversicherungsanstalt der Hansestädte.
Der Vorstand.
Helms.

Vorstehenden Vorschriften wird gemäß § 1436 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung zugestimmt.

Berlin, den 6. Mai 1925.

Das Reichsversicherungsamt,
Abteilung für Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung.
Schäffer.

Nichtamtlicher Teil

Nachtrag

zur Bilanz per 31. Dezember 1924 der **Gemeinnützigen Arbeitsgenossenschaft Lübeck e.G.m.b.H.** veröffentlicht in Nr. 96 des Lübecker Volksboten vom 25. April 1925.

Im Geschäftsjahr 1924 sind 9 Genossen eingetreten
„ 11 „ ausgeschieden
Abgang 2 Genossen

Gesamtzahl der Genossen am 31. Dezbr. 1924 2814
Das Geschäftsguthaben hat sich vermindert um RM 60
Die Haftsumme hat sich vermindert um RM 60
Gesamthaftsumme am 31. Dezbr. 1924 RM 84420

Der Vorstand gez. H. Nuppau, C. Lemcke.
Der Aufsichtsrat gez. R. Göhr, Vors.

Geben Sie schon Ihr Los
zur
Lübecker Volkswohl-Lotterie?
Wenn nicht, so versäumen Sie keine Zeit mehr!
9118

Verkauf von
Bau-Materialien
in größeren und kleineren Mengen an Handwerker und Privat
Spezialität: **Stückenkalk**
stets frisch auf Lager
gutem Weißkalk, Tonrohre, Dachpappen, Teerprodukten, feuerfestem Ton, Steinen, weißem Seesand usw. 9088
Heinrich Kripgans
Fernruf 2915 — Hansastr. 35a, Karpfenstr. 14-16a
Ausschneiden!

Für die Wäsche:
Seife Riegel 17 u. 20 ₰
3 Riegel 50 u. 55 ₰
Oelseife . . . Pfd. 29 ₰
Soda . . . . „ 6 ₰
Stärke . . . „ 55 ₰
Sehr zu empfehlen:
Persil . . . . . 45 ₰
Dixin . . . . . 30 ₰
Sil . . . . . 20 ₰
Schwan . . . . . 30 ₰
Luhns . . . . . 25 ₰
Henko . . . . . 15 ₰
Burnus . . . . . 25 ₰
Dreiring-Sprüh-Seife 45
Dreiring Firmit . 45 ₰
Futterreis 10 ℔ 155 ₰
Futtergrütze 10 ℔ 200 ₰
Eduard Speck 9104
Hüxstraße 80/84

Möbel auf Kredit
ohne Aufschlag (9098
Stüwe's Möbellager
Breite Str. 21 im Hinterhaus

Zigaretten
Zigarren
C. Wittfoot
Ob. Hüxstr. 18

Jeden Dienstag und Freitag von 3—6 Uhr
Eimerbier
9030 **H. Bade**

Lübeck **CIRCUS** **Burgfeld**
GEBR. BLUMENFELD JR. MAGDEBURG ges. gesch.
Gegr. 1811
früher **E. Blumenfeld Ww. Guhrau.**
Was die Presse schreibt über den z. Zt. in Rostock gastierenden Circus:
Anzeiger Warte Volks-Zeitung würdigen i. spaltenlang. Berichten unser unerreicht gutes Programm. Die Volks-Ztg. schreibt in ihrer zweiten Besprechung:
„Dieser Circus ist in der Tat eine Pfingstüberraschung für Rostock. Es ist keineswegs zuviel gesagt, wenn wir sagen, daß seit einem halben Menschenalter hierzustadt kein Circus war, der auf solcher Höhe stand, a. d. alles, aber wirklich alles Ia-klassig ist. Das Programm schüttet ein Füllhorn von Reichhaltigkeit aus; eine Nummer jagt die andere, und jede Nummer ist ein Schlager. Das Pferdematerial ist ganz prachtvoll, und die Dressuren sind hervorragend. Die equilibristischen Leistungen suchen ihresgleichen, und was sonst an Tierdressuren und Akrobatik und an „Kunst des geharkten Sandes" vorkommt, ist bewunderungswürdig, zuweilen beängstigend halsbrecherisch. Auf dem humoristischen Gebiete ist dem Jongleur-Komiker Petersen eine Köstlichkeit seltener Art — kurzum: dieser Circus Blumenfeld ist ohne jeden Zweifel einer d. besten Wandercircusse ganz großen Formats. Man hat nicht oft seinesgleichen!" 9113
Versäumen Sie nicht die Eröffnungs-Vorstellung!
Circus Blumenfeld kommt nächste Woche

Otto Lindemann
Magdalene Lindemann
geb. **Hanck**
Vermählte
Für erwiesene Aufmerksamkeiten herzlichen Dank. (9108) D. O.

Jung. Mädchen, 21 J. vom Lande, sucht Stell. als junges Mädchen bei Familienanschluß u. Geh. Ang. u. H 107 a. d. Exp. 9106

80 möbl. Zimmer mit und ohne Kochgelegenheit für unsere Artistenschar,
Hafer, Heu, Stroh usw. für unsere Stallungen
Pferdefleisch für Löwen, Leoparden, Puma, Füchse, Wölfe (9115
Reis, Brot für Bärenzwinger **gesucht**
Angebote unter „Zirkus" an die Geschäftsst. d. Lüb. Volksb. erbeten

Jüngere Blechdrucker
Tüchtige, an sauberes Arbeiten gewöhnte Kräfte, sofort nach Süddeutschland gesucht. Angebote unt. H 103 an d. Exp. d. Bl. (9097

Gutin-Lübeck
2-Zimmer-Wohnung in Gutin gegen gleiche oder kleinere in Lübeck zu tauschen. Ang. u. H 105 an d. Exp. d. Bl. (9100

Schöne 2-Z.-Wohn. g. gleiche zu vertausch. Ang. u. H 104 an d. Exp. (9099

Anständ. Arbeiter sucht sofort ein Logis. Ang. u. H 105 an d. Exp. (9094

Zweireihige Klubhermonika zu verkaufen 9101) Dornestr. 19 b, II.

„PATRAS"
die Qualitäts-Zigarette
„Patras-Gold" der Schlager mit Gold und Stroh **3** Pfg.
„Patras-Klasse" **4** Pfg.
„Patras-Garde-Reiter" **5** Pfg.
„Patras-Bundesmeister" **6** Pfg.
Patras-Vulturnus **8** Pfg.
„Patras-Pia-Eleslo" **10** Pfg.
Vertreter und Fabriklager:
Ernst Borkmann, Lübeck
Fleischhauerstraße 26 9110

Für die richtige Wiedergabe **telephonisch** übermittelter Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Fehlerhafte, auf diesem Wege bestellte Anzeigen gehen zu Lasten des Bestellers.
Die Geschäftsstelle des **Lübecker Volksboten.**

Eintrittskarten für alle Vergnügungen fertigt an **Lübecker Volksbote**

100 RM. zahlt Hersteller, wenn „Rieselda" nicht in 5 Min. bei Mensch u. Tier Kopf-, Filz-, Kleiderläuse (Brut) vertilgt. Bestes Radikalmittel gegen Wanzen. Verkauf nur Aegidienstraße 4.
Läuse

Fritz Reuters
Ausgewählte Werke
3 Bände Ganzleinen
11.25 Mk.
Buchhandlung
„Lüb. Volksbote"
Johannisstr. 46

Ein **B**esseres
Bekömmlicheres
Billigeres
Nahrungsmittel
wie die jetzige schöne
Weidemilch
gibt es nicht. Milch als **Morgenkaffee** sättigt für den ganzen Tag (9092
Hansa-Meierei G. m. b. H. **Lübeck**

Leichte Sommerkleidung
Elegante Damen-, Mädchen-, Herren-, Knaben-Konfektion, elegante Kleiderstoffe, Volles, Frottees, Cheviots, Aussteuer, Wäsche, starke und elegante Schuhwaren f. Damen, Herren, Kinder, Gummimäntel usw.
(9109)
Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1 St. Petri 2 u. 4
Loden-, Manchester-, Leder-Ausrüstungen

Gas cbm 18 Goldpfg., Lichtstrom kkw 55, Kraftstrom 27—19, Wasser cbm 20 Goldpfg. (9095